

Protokoll der 15. Sitzung**Dienstag, 21. Oktober 2025, 19.00 – 23.30 Uhr,
im Gemeindesaal**Vorsitz

Marc Jaisli, Präsident

Protokollführerin

Andrea von Känel Briner, Vize-Gemeindeschreiberin

Stimmzählerinnen

- Heike Suter (Ersatz)
- Claudia Lupoli

Präsenz

Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr liegt bei 19.

Entschuldigt sind Chrisoula Giata, Christine Knüsel-Bachofer und Patrik Rutishauser.

Traktandenliste

1. Aufgaben- und Finanzplan 2026 - 2029
2. Budget 2026
3. Teilrevision von § 25 der Bau- und Nutzungsordnung (BNO)
4. Motion Thomas Meier, SP, zur Festsetzung der Mehrwertabgabe auf 30 %. Bericht des Gemeinderats. Genehmigung Mehrwertabgabereglement.
5. Eingänge
6. Verschiedenes

Herr Urs Truttmann: Wie im Vorfeld mitgeteilt, stelle ich den **Ordnungsantrag**, dass wir die von mir eingereichte dringliche Motion zur Schaffung einer Kommission Finanzstrategie im Programm einschieben zwischen die Traktanden 1 und 2, also nach dem Traktandum Aufgaben- und Finanzplan und vor das Traktandum Budget 2026. Ich bin überzeugt, dass diese Diskussion die Budget-Diskussion im Anschluss beeinflussen wird. Entsprechend stelle ich den Ordnungsantrag.

Abstimmung über den Ordnungsantrag von Urs Truttmann

Die dringliche Motion zur Schaffung einer Kommission Finanzstrategie 2035 soll als Traktandum 2 vor dem Traktandum Budget 2026 behandelt werden.

Dem Antrag wird **einstimmig mit 35 : 0 Stimmen zugestimmt.**

Aufgaben- und Finanzplan 2026 - 2029

(Aufgaben- und Finanzplan des Gemeinderats vom 3. September 2025)

Herr Beat Spiess, Präsident der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Der Aufgaben- und Finanzplan ist rechtlich nicht verbindlich, aber Pflicht für die Gemeinde. Er ist Planungsinstrument, Entscheidungshilfe für die Planung der Investitionen und kann und soll vom Einwohnerrat lediglich zur Kenntnis genommen werden.

In der Übersicht sind zum Thema Steuereinnahmen die Planungsjahre 2026 bis 2029 dargestellt. Wir sehen dort, dass der Kanton mit einem Wachstum bei den Steuereinnahmen rechnet und dass dieses Wachstum sehr stabil scheint. Wir gehen dabei von einem Steuerfuss von 118 % wie bisher aus. Bei den Steuern der juristischen Personen geht der Kanton davon aus, dass die Einnahmen im 2026 zurückgehen auf nur noch 1.5 Mio. Franken, insbesondere aufgrund der Änderung in der kantonalen Gesetzgebung, aber auch wegen Wegzügen. Ab 2027 sollen diese aber wieder ansteigen und das Wachstum stabil bleiben.

SteuerertragNatürliche Personen

Rechnungsjahr	2026	2027	2028	2029
Wachstum Steuereinnahmen	1.0 %	1.4 %	0.0 %	3.2 %
In Mio. Franken	21.1	21.4	21.4	22.1
Steuerfuss	118 %	118 %	118 %	118 %

Juristische Personen

Rechnungsjahr	2026	2027	2028	2029
Wachstum Steuereinnahmen	-23.0 %	2.0 %	3.0 %	3.0 %
In Mio. Franken	1.5	1.53	1.58	1.63

Geplante Investitionen über die nächsten vier Jahre nach Finanzplan (in Mio. Franken)

Finanzplan	2026 - 2028
Verwaltungsvermögen (ohne Eigenwirtschaftsbetriebe)	69.1
Finanzvermögen (hauptsächlich Liegenschaften)	1.4
Wasserwerk	6.0
Abwasserbeseitigung	4.14
Abfallwirtschaft	0.0
Total	80.64

Eigenwirtschaftsbetriebe im Detail**Wasserwerk**

Nettoinvestitionen 2026 - 2029 von	6.0 Mio. Franken
Guthabenstand per Ende 2029	2.5 Mio. Franken

Abwasserbeseitigung

Nettoinvestitionen 2026 - 2029 von	4.1 Mio. Franken
Guthabenstand per Ende 2029	-2.5 Mio. Franken

Abfallwirtschaft

Nettoinvestitionen 2026 - 2029 von 0.0 Mio. Franken
 Guthabenstand per Ende 2029 1.7 Mio. Franken

Kennzahlen

Nettoinvestitionen 2026 – 2029	69.0 Mio. Franken
Neuverschuldung Ende 2029	29.2 Mio. Franken
Schulden Ende 2029	66.5 Mio. Franken
Nettoschuld Ende 2029	72.3 Mio. Franken
Nettoschuld pro Einwohner Ende Periode	8'119 Franken
Kapitaldienst Ende 2029	0.52 Mio. Franken
Selbstfinanzierungsgrad Ende 2029	6 %
Selbstfinanzierungsgrad $\bar{\circ}$ 2026 - 2029	61 %

Projekte im Bau (in tausend Franken)

Insgesamt sind 9.28 Mio. Franken eingestellt, davon sind noch 4.33 Mio. Franken ausstehend. Das grösste Projekt ist die Umsetzung des Betriebs- und Gestaltungskonzepts (BGK) für die K210/K242 Bavariakreuzung/Tramstrasse.

Funktion	Bezeichnung	Betrag	2025	2026	2027	2028	2029
Projekte in Bau		9'277	1'866	1'382	842	745	-503
0290	Umzug, Mobilien, Ausstattung Werkhof	1'270					
1407	Betriebsamt Umzug/Baul. Anpassungen	488	390	98			
2170	Kindergarten Risiacher/Triesch	2'200	400				
2170	Gysimatte Machbarkeit Provisorien	30					
6130	K210/K242 Bavaria-Tramstrasse; Ums. BGK	4'072	956	1132	740	745	-503
6150	. Spittelacherweg	76					
6150	. Gässliacherweg	82					
6150	Anpassung Bushaltestelle Alterszentrum BehiG	145					
6150	Sanierung Bühelstrasse mit Projekt K242	171	120	51			
6220	Buswartehallen Tramstrasse	203		101	102		
7301	Unterstand Kehrichtfahrzeug Steinachermatt	200					
7900	Revision BNO	340					

Projekte beschlossen (in tausend Franken)

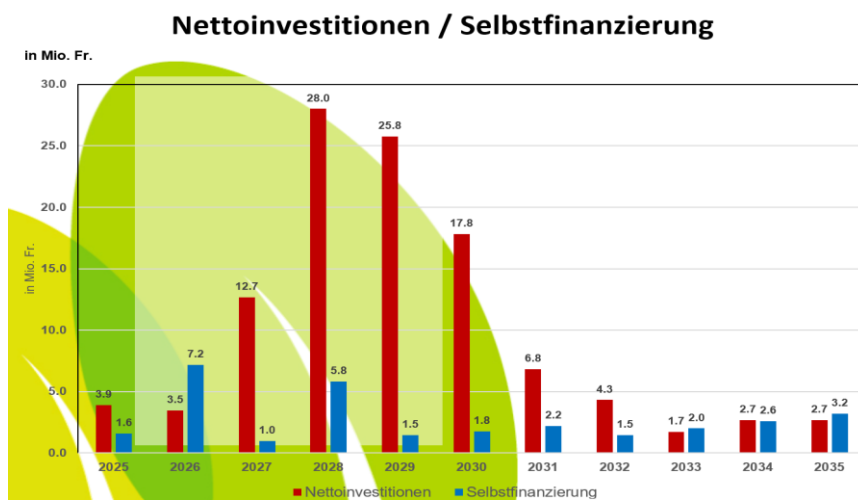
Das sind insgesamt 8.1 Mio. Franken, davon ausstehend 7.5 Mio. Franken. Die grössten und wichtigsten Projekte sind die Schulhausplanung und Provisorien in der Gysimatte für 2 Mio. Franken, das BGK für die Aarauer- und Mitteldorfstrasse für 3.8 Mio. Franken und die Brummelstrasse für 1.1 Mio. Franken.

Funktion	Bezeichnung	Betrag	2025	2026	2027	2028	2029
Projekte beschlossen		8'063	1'642	1'083	1'672	1'285	1'273
2170	Gysimatte SH Planung, Bau Provisorien (100%)	2'000	1600	200			
6130	BGK K210 Aarauer- und Mitteldorfstr.	3'766	42	158	1027	1018	1018
6130	Erneuerung Beleuchtung Aarauerstrasse K210	124			62	62	
6130	Erneuerung Beleuchtung Mitteldorfstrasse K210	260				60	100
6150	. Brummelstrasse	1'126		610	436		
6150	. Rosenweg	213		115	83		
6220	Buswartehallen Aarauerstrasse	127			64	63	
6220	Buswartehallen/Velopark. Mitteldorfstrasse	377				77	150
7900	Massnahmen Hochwasserschutz	70				5	5

Projekte geplant (in tausend Franken)

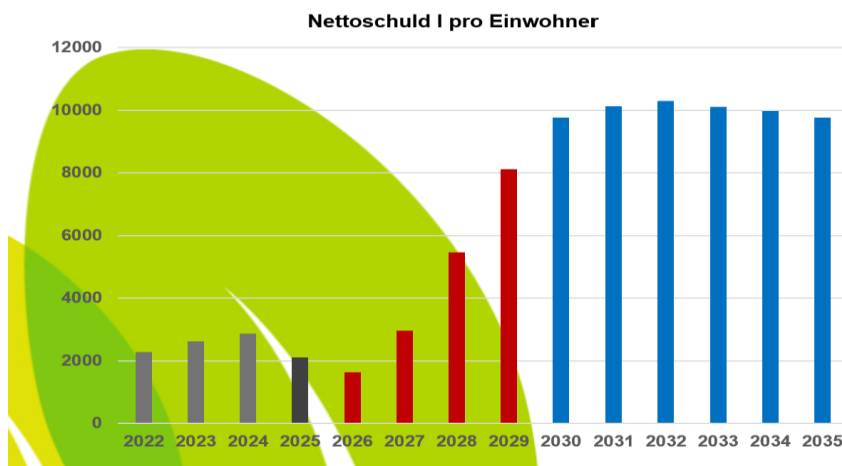
Viel grösser ist die Liste der geplanten Projekte für insgesamt 99.5 Mio. Franken. Hier sind die grössten und wichtigsten Brocken mit einem Realisierungsgrad von 100 % der Neubau des Schulhauses Gysimatte für 27 Mio. Franken, die Sanierung der Turnhalle Gysimatte für 6.5 Mio. Franken, die Turnhalle Suhrenmatte für 10 Mio. Franken, die Sanierung des Schulhauses Gysimatte für 6.7 Mio. Franken und der Neubau beim Schulhaus Suhrenmatte für 24 Mio. Franken. Bei den geplanten Projekten zeigen sich die grössten Investitionen in den Jahren 2027 bis 2029.

In der Visualisierung sieht man die Entwicklung der Nettoinvestitionen und des Selbstfinanzierungsgrads über die Planjahre 2025 bis 2035. Den Peak sieht man im Jahr 2028, aber auch im 2029 und 2030 sind erhebliche Investitionen geplant. In den weiteren Jahren, so hoffen wir, werden wir die grössten Investitionen hinter uns haben, vielleicht ist die Planung aber auch noch nicht so weit, um das realistisch aufzuzeigen. Die blauen Balken zeigen den Selbstfinanzierungsgrad und wieviel man im entsprechenden Jahr eigentlich gesund finanzieren könnte. Die Differenz hat natürlich Auswirkungen auf die Verschuldung.



Nettoschuld I pro Einwohner

Obwohl wir gesehen haben, dass nach dem Jahr 2030 weniger Investitionen geplant sind, bleibt die Nettoschuld I quasi stehen. Das ist sicher etwas, wo man in der weiteren Planung sehr genau hinschauen muss. Es hat auch noch damit zu tun, dass man im 2032 zurück auf den Steuerfuss von 112 % gehen will.



Es stehen grössere Investitionen an wie die Gesamtsanierung und Neubauten von Schulanlagen und die Sanierung und Neugestaltung von Kantons- und Gemeindestrassen und die Instandhaltung und Erneuerung von Infrastruktur.

Bei den Steuererträgen kann man sagen, dass die Finanzlage bei den natürlichen Personen stabil und gut zu bleiben scheint, aber immer noch unterdurchschnittlich, wenn man den Steuerertrag pro Person kantonsweit anschaut. Bei den juristischen Personen ist der Steuerertrag rückläufig, allein im Jahr 2026 sind Fr. 450'000.-- weniger eingesetzt aufgrund der Schätzungen.

Aus dem Finanz- und Feinausgleich des Kantons Aargau bekommen wir 3.05 Mio. Franken, Fr. 400'000.-- mehr als im Vorjahr. Dieser Zuwachs kann aber nicht einmal den Rückgang der Steuererträge durch die juristischen Personen vollständig decken.

Der Steuerfuss ist im Plan auf 118 % gesetzt, ab dem Jahr 2032 dann wieder auf 112 %. Man konnte neu einen tieferen Zins einsetzen von 1 % für Neukredite, dies aufgrund der globalen Finanzlage. Die Teuerung nach Aufwand ist in der Planung mit 0.5 % eingesetzt.

Weiter ist zu erwähnen, dass der Verkauf von Liegenschaften aus dem Finanzvermögen vorgesehen ist, das wurde auch integriert in den Aufgaben- und Finanzplan, besonders die Liegenschaften um die alte Dorfmetzg und beim ehemaligen Polizeiposten des Kantons. Das sind die Liegenschaften aus dem Finanzvermögen, die als nächstes verkauft werden sollen.

Fazit

Wir haben also ein hohes Investitionsvolumen im Bildungsbereich und laufende Investitionen im Unterhalt der Infrastrukturen. Dazu eine gesamthaft ungünstige Einnahmeentwicklung, wobei der Steuerfuss weiterhin bei 118 % bleibt.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 8 : 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung), vom Aufgaben- und Finanzplan 2026 – 2029 sei Kenntnis zu nehmen.

Diskussion

Frau Evelin Meier: Ich möchte gerne eine Frage stellen. Und zwar sieht man ja im Aufgaben- und Finanzplan, dass der Steuerfuss im Jahr 2032 auf 112 % gesenkt werden soll, genau dann, wenn die Nettoschuld I bei Fr. 10'000.-- pro Einwohner liegen wird. Darum meine Frage, warum? Ist es ehrlich gegenüber dem Volk, wenn man genau dann, wenn die Nettoschuld so hoch wie nie sein wird, den Steuerfuss senken will? Kann man das machen? Der Kanton hat ja noch Vorgaben, einen Richtwert von Fr. 2'500.-- pro Einwohner, da sind wir weit darüber. Wie kann man da eine solche Steuersenkung rechtfertigen?

Frau Gemeinderätin Denise Zeller Xenaki: Es ist wichtig, dass man die Zahlen richtig einordnet. Grundsätzlich ist der Gemeinderat verpflichtet, für die nächsten vier Jahre eine Planung aufzuzeigen. Es macht aber natürlich Sinn, dass man weiter hinaus plant. Der Gemeinderat hat entschieden, dass wir die Planung für zehn Jahre bis ins Jahr 2035 aufzeigen wollen, um transparent zu sein. Die aufgeführte Steuerfussenkung ist natürlich eine Annahme und soll vor allem die Haltung des Gemeinderats zeigen, dass wir gewillt sind, wenn die Möglichkeit besteht und die grossen Investitionen vorbei sind, den Steuerfuss auch wieder zu senken. Ob das dann überhaupt möglich sein und eintreten wird, kann man

natürlich jetzt noch nicht sagen. Man kann sogar eigentlich nicht sagen, was in zwei Jahren sein wird. Das ist also einfach eine Hochrechnung, die aufzeigen soll, in welche Richtung die Tendenz geht. Es wird nach jedem Rechnungsabschluss und vor jeder Budgetsitzung die Situation neu analysiert und konkretisiert und wenn es möglich ist, auch angepasst. Darum ist es ganz wichtig, dass man die 112 % im richtigen Kontext sieht und nicht als Vorgabe, die man einhalten muss, sondern als Ziel.

Frau Evelin Meier: Ich nehme die Antwort zur Kenntnis und habe eine weitere Frage: Hat der Gemeinderat die Absicht, die Schulden, die bestehen, wieder zu senken, um von diesem Schuldenberg wieder runterzukommen?

Frau Gemeinderätin Denise Zeller Xenaki: Natürlich ist das immer das Ziel des Gemeinderats, die Verschuldung möglichst klein zu halten, aber man kann das nicht auf zehn Jahre genau sagen, wie hoch die Verschuldung dann sein wird, das sind einfach Hochrechnungen, die man macht. Man hat auch den Steuerfuss im 2032 gesenkt und dann hochgerechnet. Wie die Situation dann effektiv aussieht, weiss man einfach nicht. Der Gemeinderat könnte auch nur die nächsten vier Jahre aufzeigen, dann wüsste man von diesen Zahlen nichts. Man muss sich also einfach bewusst sein, dass dies ein Ausblick ist und transparent aufzeigt, wie es sein könnte, aber sicher nicht, dass das eine Tatsache ist.

Herr Gilbert Mühlemann: Ich schätze eure Transparenz sehr, sie führt auch sicher zu einer guten Diskussion. Was ich mich aber gefragt habe, ist bei den grossen Investitionen, die gehen im Balkendiagramm sehr steil hoch. Die grossen Investitionen sind bei den Schulhäusern und Turnhallen, das verstehe ich, ich habe auch schulpflichtige Kinder. Aber trotzdem, hat man sich überlegt, dass man diese Investitionen über eine längere Zeit mehr staffeln könnte? Dass man sagt, das Dringendste macht man zuerst, die anderen aber halt doch versucht herauszuschieben, um den starken Peak etwas abzufedern? Denn die Schulden sind dann halt schon sehr gross und ich habe schon ein wenig Angst, unseren Nachfolgern das Problem so zu überlassen.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Diese Investitionen betreffen ja die Bildung. Dort ist es so, dass wir eine Schulraumplanung haben und relativ zeitnah mehr Schulraum zur Verfügung stellen müssen. Das hängt also ganz einfach nur damit zusammen. Und diese Zahlen, die die geplanten Investitionen zeigen, sind zu diesem Zeitpunkt aufgeführt, wenn es den Schulraum effektiv braucht. Da haben wir keine grosse Wahl, zum Beispiel bei der Gysimatte, wo es die Primarstufe betrifft oder bei der Suhrenmatte, wo es die Oberstufe betrifft. Dort ist es noch abhängig, was in Aarau effektiv passiert. Aber grundsätzlich braucht es auch diesen Schulraum später. Ob der wirklich zum geplanten Zeitpunkt kommt, ist auch noch nicht 100 % sicher. Und noch eine Ergänzung: Wir werden nach den Herbstferien auch genauere Zahlen haben von der Gysimatte, das können wir euch in der nächsten Sitzung aufzeigen. Der neue Gemeinderat wird in der neuen Legislatur die Finanzstrategie anpassen müssen aufgrund der Zahlen, die wir bekommen. Danach wird man sicher auch den Aufgaben- und Finanzplan wieder anpassen müssen. Das ist die Ausgangslage, es hängt alles mit den Schulraumplanungen zusammen und dem Schulraum, den es mehr braucht, weil es mehr Kinder gibt.

Herr Gilbert Mühlemann: Danke für die Erläuterungen. Ich habe noch eine Anschlussfrage: Wie sieht es im Speziellen bei den Sanierungen aus, die Sanierung einer Turnhalle bietet ja nicht mehr Schulraum?

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Wir werden in der nächsten Sitzung detailliert aufzeigen, warum man eine Turnhalle saniert und nicht neu baut, das wäre auch eine Variante. Wir haben diese Varianten alle geprüft und in der Schulraumplanung, die wir euch in der nächsten Sitzung vorweisen werden, werden diese Fragen sehr genau beantwortet werden können. Ich möchte daher nicht vorgreifen. Aber es ist logisch, wenn man eine Turnhalle saniert, man hat heute eine Aula dort drin, dann überlegt man sich, was muss in eine neue Turnhalle, braucht es dieses oder jenes noch, welche Räume

braucht man zusätzlich? Braucht es die Küche in der Gysimatte, die oben mit drin ist, noch? Das sind Detailfragen, die wir in der nächsten Sitzung beantworten können. Ich möchte daher nicht vorgreifen, sondern wir möchten euch die ganze Schulraumplanung für die Gysimatte im Detail dann aufzeigen. Aber die Fragen, die du stellst, haben wir uns in der Planung, an der wir bereits seit ein, zwei Jahren sind, auch gefragt und haben diese auch der Schule gestellt. Wir wissen, dass die Investitionen sehr hoch sind, deshalb haben wir die Optimierungswünsche sehr beharrlich und genau geprüft. Wir werden aber sanieren und neu bauen müssen. Ich weiss, dass du wahrscheinlich nicht ganz zufrieden bist mit der Antwort, ich möchte aber gerne auf die nächste Sitzung verweisen, wo wir das sehr detailliert aufzeigen werden können.

Antrag

Vom Aufgaben- und Finanzplan 2026 - 2029 sei Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung

Dem Antrag wird **einstimmig** mit **35 : 0 Stimmen** zugestimmt.

Eingänge**Dringliche Motion von Urs Truttmann, FDP, betreffend Schaffung Kommission Finanzstrategie 2035.**

Herr Urs Truttmann reicht folgende dringliche Motion ein:

Antrag

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat einen Beschlussentwurf für die Schaffung einer Kommission Finanzstrategie 2035 vorzulegen, welche grundsätzliche und ergebnisoffene Möglichkeiten zur Korrektur des strukturellen Defizits der Gemeinde Buchs erarbeiten soll.
2. Die Motion sei dringlich zu erklären.

Begründung:

Der Aufgaben- und Finanzplan 2026 - 2029 zeigt ein strukturelles Defizit der Gemeinde Buchs über die nächsten Jahre bei gleichzeitig stark ansteigender Verschuldung. Diese Entwicklung ist nicht nachhaltig, eine Gefahr für die Gemeinde und kann nicht länger hingenommen werden. Um diese Entwicklung zu stoppen, ist eine ergebnisoffene Diskussion über grundsätzliche Veränderungen nötig:

- Welche Verträge, Partnerschaften und Zusammenarbeiten hat die Gemeinde Buchs in Summe und was sind die finanziellen Konsequenzen dieser Vereinbarungen?
- Welche Leistungen und Angebote in welcher Qualität soll die Gemeinde weiterhin anbieten?
- Wie soll sich Buchs in Zukunft weiterentwickeln?

Die Debatten im Einwohnerrat der vergangenen Jahre machen deutlich, dass die Situation erkannt ist, aber eine gesamtheitliche Betrachtung und Diskussion im normalen Ratsbetrieb nicht möglich ist. Es fehlt das Bild für das grosse Ganze sowohl bei Sachabstimmungen als auch bei den Budgetdiskussionen. Eine zukunftsfähige Lösung kann so nicht erarbeitet werden. Die Kommission soll diese Gesamtsicht in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und der Verwaltung erarbeiten und dem Einwohnerrat und schlussendlich der Bevölkerung Wege zur Veränderung und deren Konsequenzen aufzeigen. Dafür soll die Kommission zu Händen des Einwohnerrates mindestens folgendes erarbeiten:

1. Eine Zusammenstellung aller Partnerschaften und Zusammenarbeitsverträge mit deren Laufzeiten sowie deren Einfluss auf die Finanzen der Gemeinde.
2. Einen vollständigen Katalog der aktuellen Leistungen und Angebote der Gemeinde sowie deren Einfluss auf die Finanzen der Gemeinde.
3. Eine Analyse der von Bund und Kanton bestimmten und daher unbeeinflussbaren Kosten.
4. Ausgearbeitete Varianten zur Reduktion des strukturellen Defizits sowie deren Konsequenzen.

Die Kommission soll aus Vertreterinnen und Vertretern aller Parteien sowie dem Gemeinderat bestehen und zeitlich begrenzt sein.

Begründung der Dringlichkeit:

Wenn die Motion dringlich erklärt wird, kann diese Kommission in der letzten Sitzung des Einwohnerrats 2025 geschaffen werden und kann zu Beginn des Jahres 2026 ihre Arbeit aufnehmen. Erste Ergebnisse und Erkenntnisse können so allenfalls bereits für den Budgetprozess 2027 verwendet werden, welcher Mitte Jahr beginnt. Zudem kann diese Kommission zeitgleich mit dem neu zusammengesetzten Gemeinderat die Arbeit aufnehmen und es besteht die Möglichkeit, die Gestaltung der Legislaturziele des

Gemeinderats mit der Tätigkeit der Kommission abzugleichen. Abschliessend können mit dieser Zeitschiene auch die Ergebnisse der laufenden Bevölkerungsumfrage in die Arbeit der Kommission einbezogen werden.

Herr Urs Truttmann: Wir haben gerade vom Aufgaben- und Finanzplan Kenntnis genommen, aber dieser Plan macht Sorgen. Er macht mir Sorgen und ich glaube, den meisten anderen Personen im Raum auch. Was mir auffällt, nachdem ich persönlich zum vierten Mal einen Aufgaben- und Finanzplan gesehen habe und in eine anschliessende Budgetdiskussion gegangen bin, wir diskutieren nie über das eigentliche Thema. Wir diskutieren nie über den Finanzplan, über langfristige, grundsätzliche Themen, weil es eben im Finanzplan nur um eine Kenntnisnahme geht. Wir diskutieren im Budget über die Dinge, die noch nicht festgelegt sind mit Verträgen, mit Abkommen, mit gebundenen Ausgaben. Jene Ausgaben, die man nicht einfach im Rahmen einer Budgetdiskussion streichen kann, sondern bei denen wir Verpflichtungen haben. Wir machen auch Pflasterlipolitik, streichen eine Tür oder ein Velo oder was weiss ich. Aber das grundsätzliche Thema sprechen wir nicht an. Und darum habe ich mich entschieden, diese dringliche Motion einzureichen, in der ich möchte, dass der Gemeinderat eine Kommission erschafft, die genau dieses Thema verfolgen wird. Eine Kommission, in der es darum geht, bestehend aus Mitgliedern aus dem Einwohnerrat und Gemeinderat, zu schauen, wo wir gebundene Ausgaben und Verpflichtungen haben, wo wir Verträge haben und welche Konsequenzen wir aus diesen Verträgen haben. So, dass wir diskutieren können, was es bedeutet, wenn man einen Vertrag kündigt, welche Leistungen reduziert werden. Denn uns ist allen klar, dass gewisse Leistungen einfach etwas kosten. Wenn man auf den Finanzplan schaut, kann man sagen, das ist der Preis, den die Unabhängigkeit hat. Man könnte sagen, dass man den Steuerfuss auf 122 % oder 123 % heraufsetzt. Wenn wir die Daten in ein einfaches Excel legen, können wir damit spielen und sehen, dass wir eine Null bekommen, wenn wir die Steuern auf 122 %, 123 %, 124 % usw. setzen. Dann können wir einfach so weitermachen und dann sagen, dass das der Preis für die Eigenständigkeit ist. Ich glaube nicht, dass das richtig ist und ich glaube, dass wir darüber diskutieren müssen, welche Leistungen wir als Gemeinde erbringen wollen, was das kosten soll und welchen Preis wir dafür zahlen. Und genau diese Plattform fehlt aus meiner Sicht, diese Plattform möchte ich gerne mit der Kommission Finanzstrategie 2035 schaffen.

Ich habe mir Gedanken gemacht, ob das auch Thema sein könnte, das auch die FGPK machen könnte oder ob es eine einwohnerrätliche Kommission sein könnte. Ich habe mich dagegen entschieden, weil es mir wichtig ist, dass das eine gemeinsame Kommission ist, wo auch der Gemeinderat dahinterstehen kann, wo er ebenfalls involviert ist und wo auch Einwohnerräte abseits der FGPK teilhaben können. Nicht, dass es einfach eine Zusatzaufgabe für die FGPK ist. Deshalb habe ich mich entschieden, es auf diesem Weg einzugeben.

Die Dringlichkeit ist aus meiner Sicht gegeben. Wenn wir sie in dieser Sitzung dringlich erklären und überweisen, können wir in der nächsten Einwohnerratsitzung darüber abstimmen, ob wir die Kommission schaffen wollen oder nicht. Entsprechend wird die Kommission im neuen Jahr starten können, zusammen mit dem neuen Gemeinderat, im neuen Jahr auch mit den Ergebnissen und Erkenntnissen aus der Bevölkerungsumfrage. Es wird dann auch möglich sein, die Kommission zusammenzusetzen aus den neu gewählten Einwohnerratsmitgliedern. Und so, glaube ich, könnten wir gut abgestimmt in eine neue Legislatur starten, mal über die grossen Themen sprechen, mal eine Auslegeordnung machen und Varianten aufzeigen, was bedeutet das und welche Möglichkeiten haben wir, um das strukturelle Defizit nachhaltig zu verringern.

Ich habe mir auch Gedanken gemacht nachher fürs Budget. Eine solche Kommission wird etwas kosten und mir ist wichtig, dass das auch allen klar ist. Deshalb habe ich einen Antrag vorbereitet, dass man die Kosten von Fr. 15'000.-- ins Budget nehmen soll. Mir ist da aber der Gedanke fern, dass Experten diese Arbeit machen sollen, sondern sie soll hier im Raum gemacht werden mit Personen aus diesem Raum.

Personen aus diesem Raum sollen diese Diskussion führen. Vielleicht braucht es Abklärungen, um klar zu sehen, was die Varianten 1 und 2 bedeuten. Damit wir dafür einen gewissen Spielraum haben, braucht es ein kleines Budget, welches meiner Meinung nach aber gerechtfertigt zu investieren ist. Es geht nämlich um nichts Geringeres als um die gesunde Zukunft von Buchs, über die wir diskutieren müssen. Zusammengefasst ist es das, ich möchte euch einfach aufrufen, mein Anliegen zu unterstützen. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir ein Zeichen setzen. Es würde mich freuen, wenn es alle in diesem Raum unterstützen. Es würde mich auch freuen, wenn gute Personen in diese Kommission kommen, die bereit sind, das Grundsätzliche anzupacken, für die Zukunft von Buchs ein Zeichen zu setzen und darum die Motion überweisen und auch als dringlich erklären. Danke für die Unterstützung.

Frau Gemeinderätin Denise Zeller Xenaki: Bevor wir in die Diskussion einsteigen, möchte der Gemeinderat noch seine Haltung bekanntgeben. Grundsätzlich steht der Gemeinderat dem Anliegen positiv gegenüber. Es entspricht auch genau der Strategie und der Haltung des Gemeinderats. Die Motion zielt darauf ab, dass man die strukturellen Defizite angeht. Dort liegt auch der Hebel, wo man ansetzen und etwas verändern kann. Allerdings sieht er die Dringlichkeit nicht und zwar aus zwei Gründen: Die Motion wäre, wenn sie als dringlich erklärt würde, zeitlich gar nicht umsetzbar. Wir müssten als Gemeinderat dieses Geschäft in der nächsten Sitzung bereits vorlegen und die Unterlagen müssten in zwei Wochen für die Dezember-Sitzung bereits verschickt werden. Das ist zeitlich so einfach nicht machbar. Ausserdem sieht der Gemeinderat auch den Sinn dahinter nicht, dass man gerade jetzt mit dem "alten" Einwohnerrat und der "alten" FGPK diese Kommission schafft, wo die Wahlen doch gerade erst noch anstehen. Aus der Sicht des Gemeinderats macht es Sinn, dass man wartet, bis der neue Einwohnerrat und auch die neue FGPK gewählt sind und man dann aus diesen Gremien eine solche Kommission bildet. Falls diese Motion überwiesen würde, wäre der Gemeinderat bereit, sofort mit der Bearbeitung loszulegen und bereits im März einen Bericht vorzulegen.

Herr Urs Truttmann: Ich habe noch ein Argument, das für die Dringlichkeit spricht. Der Budgetprozess in der Verwaltung beginnt im neuen Jahr schon ganz bald. Je früher wir starten mit der Arbeit, desto früher haben wir vielleicht auch Inputs, die bei den Vorbereitungen zum Budget schon einfließen könnten. Das war mit ein Grund, warum ich die Motion als dringlich betrachtet habe. Wenn wir Anfang Jahr erst mit der Arbeit beginnen und bis wir schliesslich erste Inhalte haben, dauert das einfach und es wäre doch schön, wenn wir beim nächsten Budget und im nächsten Finanzplan bereits erste Erkenntnisse mit einfließen lassen könnten.

Frau Heidi Niedermann: Ich habe wirklich auch das Gefühl, dass es sehr dringlich ist. Und auch wenn noch kein pfannenfertiges Konzept steht, finde ich es ganz wichtig, dass wir hier vorangehen und zwar wirklich schnell, nicht wieder verzögert, wie bereits mehrere Male.

Herr Samuel Hasler: Wie Heidi bin auch ich der Meinung, dass es sehr dringlich ist. Deshalb bin ich auch sehr froh, dass jetzt auch die FDP die Dringlichkeit der Finanzlage erkannt hat. Und wie bereits vor zwei Jahren, als auch schon die Mitte ein ziemlich ähnliches dringliches Postulat eingegeben hat, bin ich auch hier wieder der Meinung, dass wir die dringliche Motion dringend annehmen sollten.

Herr Patrik Feusi: Ich wundere mich ein wenig, dass es plötzlich so dringend sein soll. Ganz ehrlich, wir wissen schon lange um die Situation, man hätte also diese Motion schon viel früher eingeben und dem Gemeinderat entsprechend Zeit einräumen können. Der Gemeinderat hat erklärt, dass er die Motion annehmen und umsetzen möchte, aber nicht in dieser Dringlichkeit. Und wie heisst es so schön: Das Dringende ist selten wichtig und das Wichtige selten dringend. Aus diesem Grund empfehle ich euch, die Dringlichkeit abzulehnen, den Vorschlag des Gemeinderats anzunehmen, seine Option anzunehmen und den Gemeinderat seine Arbeit machen zu lassen.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Die Frage ist, was das Ziel der Dringlichkeit sein soll. Das Ziel, das haben wir bereits gehört, soll sein, dass wir auf das nächste Budget schon Resultate vorliegen haben. Wenn man aber davon ausgeht, dass wir zum Beispiel Verträge mit anderen Gemeinden auflösen möchten und ich davon ausgehe, dass eine solche Kommissionsarbeit zwei, drei Jahre dauert, haben wir frühestens auf das Budget 2028 effektiv Resultate. Weil ein Ausstieg aus einem Verband als Beispiel oder eine Abschaffung der Jugend- oder Altersarbeit oder anderes, braucht seine Zeit. Dort hat man überall Verträge, die man auflösen müsste. Das ist kaum möglich zu realisieren auf das Budget 2027. Das muss man einfach berücksichtigen, wenn man über die Dringlichkeit spricht. Und ich glaube, eine Auslegeordnung am Anfang dieser Kommission, wie sie in der Motion beschrieben ist, macht absolut Sinn, braucht aber auch ihre Zeit. Das heisst, wahrscheinlich reicht es nicht bis zu den Sommerferien. Und in den Sommerferien müssen wir das Budget zusammenstellen und der Gemeinderat nach den Ferien darüber beraten. Das sind einfach die Abläufe und darum denke ich, dass die Dringlichkeit keinen Sinn macht, sondern Zeit lassen und überlegt die Dinge machen nachher, wo man auch einen Konsens hat.

Herr Präsident Marc Jaisli: Bei der Abstimmung der Dringlichkeit ist eine 2/3 Mehrheit nötig. Das sind bei uns 24 Stimmen bei 35 Anwesenden, die erreicht werden müssen, um die Dringlichkeit zu erklären und sie heute zu überweisen.

Abstimmung

Die Dringlichkeitserklärung der Motion wird mit **21 : 12 Stimmen** (bei 2 Enthaltungen) **abgelehnt**.

Damit ist die Motion zur Kenntnis gebracht.

Budget 2026.

(Budget des Gemeinderats vom 2. September 2025)

Herr Beat Spiess Präsident der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Ich möchte ein paar Punkte aus dem Budget speziell hervorheben:

- Es sind Abschreibungen von 2.64 Mio. Franken vorgesehen.
- Das Budget basiert auf einem Steuerfuss von 118 %.
- Es sind Mehraufwände bei der Pflegefinanzierung von Fr. 550'000.-- zu verzeichnen.
- Auch bei der Kreisschule Aarau-Buchs sind Mehrkosten von Fr. 300'000.-- zu verzeichnen, Betriebskosten von Fr. 150'000.-- und Besoldungsanteile von Fr. 150'000.--.
- Die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen sind stabil, wir dürfen uns auf leicht höhere Steuereinnahmen freuen.
- Bei den Steuereinnahmen bei den juristischen Personen haben wir mit einem Minderertrag von Fr. 450'000.-- zu rechnen, das sind noch 1.5 Mio. Franken Steuereinnahmen bei den juristischen Personen.
- Aus dem Finanz- und Feinausgleich des Kantons erhalten wir 3.05 Mio. Franken, das sind Fr. 400'000.-- mehr als im Vorjahr.
- Der Nettozinsaufwand wird wegen der tieferen Zinsen geringer ausfallen und beträgt noch Fr. 320'000.-- (ohne Eigenwirtschaftsbetriebe).
- Das Budget um 1.2 Mio. Franken verschönert hat auch die Neubewertung der Liegenschaften aus dem Finanzvermögen, die alle vier Jahre zum Abschluss einer Legislaturperiode gemacht wird.
- Die gebühren- und eigenfinanzierten Eigenwirtschaftsbetriebe sind solide unterwegs.

Erfolgsrechnung (ohne Eigenwirtschaftsbetriebe)

In der Erfolgsrechnung 2025 rechnet man damit, dass sowohl der Aufwand wie auch der Ertrag um 1 % steigen werden im Vergleich zum Vorjahr. Daraus resultiert ein budgetiertes Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit von minus 3.381 Mio Franken. Das Ergebnis aus der Finanzierung beträgt 2.586 Mio. Franken. Das führt zu einem Gesamtergebnis von minus Fr. 795'000.--.

Investitionsrechnung (ohne Eigenwirtschaftsbetriebe)

Im nächsten Jahr schliesst die Investitionsrechnung voraussichtlich mit einem Defizit von 2.3 Mio. Franken ab.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 5 : 4 Stimmen, das Budget 2026 sei zu genehmigen und der Steuerfuss für das Jahr 2026 auf 118 % festzusetzen.

Diskussion

Frau Heidi Niedermann: Fast auf den Tag genau ist ein Jahr vergangen, als wir über das Budget 2025 diskutiert und debattiert haben. Im Namen der Mitte-Fraktion habe ich damals betont, dass auch wir uns der sehr schwierigen Finanzlage unserer Gemeinde absolut bewusst sind und dass es uns ein grosses

Anliegen ist, unsere Gemeindefinanzen Schritt für Schritt wieder in eine vertretbare Situation zu bringen. Darum haben wir heute auch der dringlichen Motion von Urs Truttmann zugestimmt, weil sie in genau dieselbe Richtung zielt wie unser Postulat, das wir sage und schreibe im Oktober 2023 eingereicht haben. Wir waren bereits damals einverstanden, dass wir in der Situation, die wir im Moment in der Gemeinde haben, dringend etwas dagegen unternehmen müssen. Wir waren da schon der Meinung, und sind es auch heute noch, dass eine Rückweisung des Budgets nicht der richtige Weg ist. Auch wir wissen, dass ein grosser Teil, sogar der grösste Teil der Ausgaben, gebunden sind und unsere Gemeindefinanzen erheblich belasten. Trotzdem sind wir überzeugt, dass es wirklich klare Zeichen braucht, dem Ziel Sparen mit der Streichung oder der Reduktion von nicht unbedingt notwendigen Ausgaben näher zu kommen. Auch wenn die beantragten Streichungen nicht zum einen ausgeglichenen Budget führen können, sind wir überzeugt, dass viele kleine Verzichte als Anfang zu einer befriedigenden Finanzlage sehr wichtig sind. Darum werden wir zu einzelnen Budgetposten Streichungen oder zumindest Reduktionen beantragen. Wir wissen, dass der Gemeinderat gemäss Streichungsliste zuhanden der FGPK bereits bei vier Kostenstellen je Fr. 3'000.-- gestrichen hat. Trotzdem erscheinen uns die finanziellen Aufwendungen für Leistungen an Dritte, Honorare für externe Berater und verschiedenste Gebühren immer noch sehr hoch. Wir erwarten für das Budget 2027 bei diesen Aufwendungen eine restriktivere Ausgabenpraxis. Wir danken für die Aufmerksamkeit und Zustimmung zu unseren Kürzungsanträgen, die ich bei den einzelnen Konten stellen werde.

Herr Andreas Dober: Ich muss vorausschicken, auch wir von der GLP haben uns die Sinnfrage gestellt, danke für dein Votum, Heidi. Macht es Sinn, einen Antrag auf Rückweisung des Budgets zu stellen, ja oder nein? Wir haben diese Frage eingehend und auch hart debattiert und intern diskutiert. Es ist aber so, dass in den letzten Tagen noch eine sehr gute Dynamik in die ganze Diskussion gekommen ist, weil verschiedene Fraktionen noch Inputs für die Diskussion gegeben haben. Darum haben wir uns heute Morgen sehr kurzfristig dazu entschieden, dafür möchten wir uns entschuldigen, den **Rückweisungsantrag** zum Budget 2026 zu stellen. Zum vierten Mal, ähnlich wie bei Urs, darf ich mit dabei sein und der Budgetprozess wiederholt sich Jahr für Jahr. Der finanzielle Spielraum wird kleiner, die Verschuldung wächst und das vorgeschlagene Budget ist auch in diesem Jahr mit einem Ausgabenüberschuss budgetiert. Wir haben es jetzt eine ganze Legislatur lang verpasst, konstruktiv zu diskutieren, effektiv zu sparen oder gar strukturelle Verbesserungen herbeizuführen. Es grenzt unserer Meinung nach an wirtschaftliche Kapitulation, das vorgelegte Budget ohne Auflagen gutzuheissen. Wir begrüssen daher die Budgetkürzungen seitens FDP und wie vorher gehört, auch die vorgeschlagene Kommission Finanzstrategie 2035. Aber wir sind der Meinung, dass die Schonfrist jetzt verstrichen ist. Heidi hat es gesagt, wir haben letztes Jahr gesagt, wir sagen mal ja dazu, wir müssen sparen, es ist nichts passiert. Auch in den vergangenen drei Jahren ist nichts passiert. Es ist jetzt sicher an der Zeit, das Steuer mit Vehemenz herumzureissen. Wir müssen die Kostendisziplin leben, und wenn wir es konsequent und solidarisch machen, können wir der Schuldenspirale entkommen. Wir beantragen daher die Kürzung sämtlicher kontrollierbarer Ausgaben um 3 bis 5 %, insbesondere beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand sehen wir grosses Potential. Das ist pragmatisch, solidarisch und fair. Wir sind uns bewusst, dass das an vielen Orten wehtun wird. Aber das ist letzten Endes nur die Konsequenz unserer eigenen bisherigen Finanzpolitik. Wir appellieren deshalb an euch alle, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen und gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten. Es wäre schade, wenn wir auch in diesem Jahr ablegen, ohne den überfälligen Turnaround einzuleiten.

Herr Patrik Feusi: Auch jetzt muss ich wieder sagen: Täglich grüsst das Murmeltier. Ganz ehrlich, es ist zwar richtig, dass wir in den letzten vier Jahren den Turnaround nicht hinbekommen haben. Aber wir müssen ehrlich zu uns selber sein, wir haben ein strukturelles Problem in Buchs, das wir nicht mit Pflasterlipolitik beheben können. Ich unterstütze die Motion von Urs Truttmann, weil sie in die richtige Richtung zielt. Wir müssen das strukturelle Problem angehen, wir müssen ergebnisoffen und gesamtheitlich das Problem betrachten und wir müssen dem Volk reinen Wein einschenken. Wir haben

kein Kostenproblem, wir haben vielleicht ein Ertragsproblem. Wir können uns zu Tode sparen, wir können uns in Zukunft in Luft auflösen, weil wir uns einfach nichts mehr leisten können. Wir müssen das Grundproblem angehen, wir müssen einfach der Bevölkerung und uns selber gegenüber ehrlich sein. Deshalb bitte ich euch, nachsichtig mit dem Budget umzugehen. Der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung hat ein sehr ausgeglichenes, das bestmögliche Budget gemacht, in dem er die Interessen abwägt. Ich möchte uns einfach alle davor warnen, jetzt überall den Rotstift anzusetzen und unsere Verwaltung und den Gemeinderat zu frustrieren. Das ist nicht konstruktiv.

Herr Andreas Burgherr: Letztes Jahr habe ich ja auch einen Rückweisungsantrag eingebracht, es war damals strategisch motiviert, weil das Budget nicht das eingehalten hat, was im Aufgaben- und Finanzplan im 2023 eingestellt war. Ich habe jetzt noch einmal den alten Aufgaben- und Finanzplan aus dem Jahr 2023 geöffnet, dieser hätte für das Jahr 2026 ein Minus von Fr. 868'000.-- budgetiert, das haben wir bereits gewusst. Jetzt sind wir Fr. 100'000.-- darunter, obwohl wir mehr Ausgaben haben. Wir sind eigentlich auf dem Weg, den wir mit der Steuererhöhung auf 118 % eingeschlagen haben. Wenn wir aber sehen, dass sich dieser Weg in Zukunft verschlechtern sollte, sodass es strukturelle Veränderungen bräuchte, das haben wir 2023 noch nicht in dieser Ausprägtheit gesehen, bin ich jetzt selber ein bisschen enttäuscht. Es kommt mir ein bisschen so vor, als würde man Aktionismus machen. Und ich glaube, da muss man einfach das Gesamte sehen und auch attestieren, dass der Gemeinderat alles eingehalten hat, was man vor zwei Jahren mal gesagt hatte. Und wir sind auf diesem Kurs und zwar sogar besser auf dem Kurs als vor zwei Jahren, trotzdem, dass sich alle Rahmenbedingungen verschlechtert haben, wir haben gespart, wir können weiter Pflasterlipolitik machen und insofern finde ich eigentlich den Rückweisungsantrag die schlechtmöglichste Sache, die wir machen könnten, um in der neuen Legislatur mit dem neuen Gemeinderat und dem neuen Einwohnerrat starten zu können. Die sollten wenigstens beginnen mit etwas, das auf einer zwei Jahre alten Strategie fundiert, die aber immer noch in dieser Bandbreite ist, sich aber in den nächsten zwei, drei Jahren herausbewegen wird. Und das wird dann die Aufgabe des neuen Gemeinderats und Einwohnerrat sein, alles in der Bandbreite zu halten. Aber das lösen wir nicht, wenn wir da und dort Fr. 3'000.-- sparen, die uns dann wieder einholen. Das holt uns alles ein, wenn wir der Feuerwehr keinen Kompressor geben wollen oder bei der Bibliothek sparen, damit lösen wir kein strukturelles Problem. Ich glaube, der Weg, den auch Urs vorgeschlagen hat, mit den richtigen Personen in der Kommission, ist viel der bessere Weg als über einzelne Franken zu diskutieren.

Herr Samuel Hasler: Ich muss ehrlich sagen, seit ich den Rückweisungsantrag gesehen habe, bin ich hin- und hergerissen. Es ist allseits bekannt, dass ich einer derjenigen bin, die das Budget kürzen wollen. Wir müssen schauen, dass wir die Finanzen wieder gerade bekommen und aus dieser Schiefelage herauskommen. Ich glaube, die vergangenen Budgetdebatten mit ich weiss nicht wie vielen Anträgen und Postulaten und Motionen, die ich schon gestellt habe, unterstreichen das. Schon mal zur Beruhigung: Nein ich habe keinen Stapel von Anträgen dabei heute. Es ist immer wieder eine Wiederholung, wie es Patrik gesagt hat: "Und täglich grüsst das Murmeltier". Immer mehr merkt man aber jetzt den Aktivismus, immer mehr hört man von immer mehr Parteien und Personen, die gemerkt haben, dass jetzt etwas unternommen werden muss. Und ich bin nach wie vor der Meinung, dass etwas passieren muss, aber, wie es vorher Andreas schon gesagt hat, das Problem sind nicht die kleinen Ausgaben, wobei man da sicher auch schon etwas machen kann, das Problem sind halt die grossen Ausgaben. Das ist auch der Grund, warum wir von der SVP mit unseren Motionen und Postulaten versucht haben, grössere Verträge anzupacken, sei es die KEBA, die Spitex, sei es das Schwimmbad etc. Ich glaube, diese Kommission, die die FDP und vorher auch schon die Mitte vorgeschlagen haben, ist ein Lösungsinstrument, das uns in dieser Hinsicht sicher gut helfen kann, besonders die grossen Posten, mit denen wir sicher zu einem Steuerprozent kommen, anzugehen. Was ich mich aber heute frage, an die GLP und an Andreas, 3 % bis 5 %, über welchen Betrag sprechen wir hier? Du sagtest ja, nur dort, wo es keine Verbindlichkeiten gibt? Das heisst, die ganze Schule fliegt raus, die Spitex fliegt raus, alle vertraglich gebundenen Posten fliegen

raus. Zum Schluss wird es einen Betrag x geben, davon 3 % bis 5 %, kann man da eine Schätzung abgeben, über welchen Betrag wir da sprechen? Denn je nach Betrag macht es vielleicht mehr Sinn, die Kürzungsliste der FDP oder vielleicht die der Mitte, bei uns liegt auch noch ein Antrag rum, dass wir vielleicht dann diesen Weg gehen? Denn so sagen wir, was wir streichen wollen und was nicht. Wenn wir es an den Gemeinderat zurückweisen, werden wieder so Sachen wie das Jugendfest gestrichen. Jetzt haben wir noch die Möglichkeit, darüber zu schauen. Wollen wir das Risiko eingehen und den Gemeinderat entscheiden lassen in der Hoffnung, dass er besser entscheidet als in der Vergangenheit, oder wollen wir selber entscheiden? Ich persönlich weiss noch immer nicht, ob ich ja oder nein sage. Andreas, du kannst mir da sicher helfen.

Herr Andreas Dober: Patrik und Andreas, ich bin zu hundert Prozent auf eurer Seite, wir haben ein strukturelles Problem. Das haben wir auch schon vor vier Jahren erkannt, das ist nichts Neues. Ich gebe euch Recht, daran müssen wir arbeiten. Aber wir haben vorher gehört, wie lange es geht, um Verträge anzupassen. Und insofern, ich weiss nicht, welche Lösung du siehst, wenn du auf der Ertragsseite mehr Erträge generieren möchtest, sind der Gemeinde die Hände relativ gebunden, vorausgesetzt, du belässt den Steuerfuss auf gleicher Höhe. Ich glaube, dass dieser zurzeit nicht auf der Debatte steht. Welche Lösung hast du? Es kann aber nicht sein, dass wir jetzt bis 2028 Jahr für Jahr einfach mehr ausgeben, als wir einnehmen, zu den Schulden, die wir bereits haben. Da kann man einfach sagen, wir warten jetzt mal ab und warten auf die neue Legislatur. Ich habe mir damals als neuern grünliberalen Einwohnerrat auf die Kappe geschrieben, dass ich da etwas bewegen werde. Ich muss aber jetzt konsterniert feststellen, dass wir jetzt schlechter dastehen als noch vor vier Jahren. Darum bin ich nicht zufrieden mit der Legislatur. Und wir haben uns entschieden, warum jetzt wieder einen Ausgabenüberschuss gutheissen, wenn wir ihn uns nicht leisten können? Ich weiss nicht, wie eine Familie budgetiert in deinem Fall, ich weiss nicht, wie ein Unternehmen in deinem Fall budgetiert. Wenn ein Unternehmen strukturelle Probleme hat, oder eine Familie mal einen Einkommensengpass hat, gibt man ja auch nicht einfach mehr aus, als man hat. Darum ist es unseres Erachtens nach jetzt einfach Zeit, ein Zeichen zu setzen. Es tut bisher niemandem weh, wenn wir im finanziellen Krebsgang sind und ich glaube, dass es jetzt an der Zeit ist, wo man etwas einstecken muss. Wir haben Fehler gemacht in der Vergangenheit, sei es als Gemeinde, sei es in diesem Rat, da sind wir alle betroffen. Irgendwann gilt es einfach die Konsequenzen zu tragen. Wenn wir jetzt einfach wieder sagen, wir verschieben es auf nächstes Jahr, auf die nächste Legislatur, wir warten auf 2028 und sind nie bereit, Kosten einzusparen, wird es nicht funktionieren. Zu deiner Frage, Samuel, mir ist bewusst, dass man im Bereich des Personals nicht gewillt ist, Kosteneinsparungen zu treffen, das ist auch nicht in unserem Sinn. Milchbüchleinrechnung: Der Sach- und übrige Betriebsaufwand ist mit 6 Mio. Franken im Budget, davon 5 % macht nach Adam Riese Fr. 300'000.--. Sei es das Büromaterial, ich kenne den effektiven Budgetposten nicht, aber zum Beispiel statt Fr. 10'000.-- Büromaterial Fr. 9'500.-- auszugeben ist wahrscheinlich eine Lösung. Bevor wir jetzt jeden Budgetposten einzeln durchgehen wären 5 % über alles pragmatisch und ich denke, in diesem Bereich auch umsetzbar.

Herr Patrik Feusi: Ich sehe das Problem auch so, wie du es gerade schilderst. Aber es impliziert, dass die Gemeinde nicht sparsam operiert. Und das sehe ich nicht so. Die Verwaltung und der Gemeinderat sind sich der Lage, in der wir stecken, sehr bewusst. Ich bin überzeugt, dass sie haushälterisch mit den Mitteln umgehen. Natürlich, man kann mal einen Radiergummi noch ganz runter "gümmeln", bevor man ihn ersetzt, das könnte man sicher machen. Aber ich habe wirklich den Eindruck, dass wir bereits jeden Tag Hörnli mit Tomatensauce essen und es macht einfach keinen Spass mehr. Und ich glaube, wir leben nicht auf einer Insel, wir leben hier in einem Umfeld, wo es andere Gemeinden gibt, die attraktive Arbeitsbedingungen haben, vielleicht eben auch attraktivere als wir. Wir müssen unserem Personal Sorge tragen, wir dürfen sie nicht frustrieren. Wir müssen ihnen auch eine Perspektive bieten, dass wir etwas ändern möchten, das Zukunft hat und das greift das strukturelle Problem an. Und wenn ich sage, dass wir unserer Bevölkerung reinen Wein einschenken müssen, du sagst, Steuererhöhungen stehen

nicht zur Debatte, ich kann das nachvollziehen, es ist aber einfach nicht ehrlich, weil wir bezüglich der Einnahmen ein strukturelles Problem haben. Ehrlich wäre zu sagen, liebe Bevölkerung, wir müssen mit dem Steuerfuss nach oben, um das strukturelle Problem kurzfristig abzufedern. Wenn wir nicht bereit sind, kann ich das verstehen, denn es gibt einen Plan, eine Kommission einzusetzen, um sich dem strukturellen Problem anzunehmen. Aber jetzt einfach kurzfristig dem Aktivismus zu verfallen, frustriert die Leute meiner Meinung nach mehr und ist überhaupt nicht zielführend. Natürlich verstehe ich, dass man mit dem Sparen ein Zeichen setzen kann. Diese Zeichen setzen wir aber schon seit Jahren. Wir müssen jetzt einfach ehrlich sein und nach vorne schauen und auch mutig sein und diesen Weg gehen, den wir heute mit dieser Kommission eingeschlagen haben.

Herr Andreas Dober: Eine kleine Präzisierung: Ich habe mit keinem Wort gesagt, dass der Gemeinderat nicht haushälterisch umgeht, ich habe auch nie gesagt, dass er verschwenderisch ist. Das hast du mir elegant untergeschoben, das finde ich nicht ganz korrekt. Ich weiss, dass wir da drauf sind und du sagst auch, dass wir die Punkte adressieren mit dem Sparen, aber effektiv gespart, sodass wir am Schluss eine schwarze Null haben, hat man dadurch halt einfach noch nicht, und das ist meines Erachtens das Problem. Darum sind wir für die Rückweisung, ich glaube, das ist in der Sache konsequent.

Herr Urs Truttmann: Auch wir haben das eingehend diskutiert. Wie ihr vorhin gesehen habt, haben wir uns entschieden, mittel- und langfristig zu schauen. Gemäss "das eine tun und das andere nicht lassen" haben wir dann aber auch festgestellt, dass es jetzt an der Zeit ist, ein Zeichen zu setzen und auf unsere Kosten zu schauen und konkrete Sparanträge einzugeben. Die Rückweisung empfinden wir aber genau nicht als hinstehen und konsequent sagen, was zu tun ist. Mit der Rückweisung geben wir die Verantwortung zurück. Ich weiss, es stehen Wahlen an, wenn man der Feuerwehr sagt, einen Kompressor sehen wir nicht, macht man sich vielleicht nicht so beliebt. Wenn wir aber jetzt die heisse Kartoffel zurückgeben und sagen, sucht jetzt mal die 3 %, ist eben genau nicht hinstehen und sagen, wir müssen etwas machen. Darum sind wir Position um Position durch das Budget gegangen, wir hatten lange Sitzungen. Wir haben Punkte gefunden, bei denen wir denken, dass man dort sparen kann und es wehtut. Wir haben auch gesehen und möchten das auch betonen, dass am Budget bereits viel gemacht worden ist. Wir finden es auch gut, dass der Gemeinderat nicht einfach etwas beschönigt hat mit Wertberichtigungen oder so, was er wahrscheinlich hätte machen können, es aber nicht gemacht hat. Wir haben also ein transparentes Budget, was wir sehr schätzen. Wir sind durchgegangen und haben geschaut, wo man etwas machen könnte, sind aber nicht auf Fr. 300'000.-- gekommen, aber immerhin auf Fr. 150'000.-- oder Fr. 170'000.--, je nachdem. Das kann man anders sehen, wir glauben aber, dass man dort ein Zeichen setzen kann. Und wir glauben, dass das jetzt eben genau unsere Verantwortung ist zu schauen, wo wir bereit sind, anzusetzen und nicht einfach den Ball zurückzugeben. Deshalb sind wir gegen eine Rückweisung. Wir haben vor der Sitzung mit unseren Anträgen gezeigt, wo wir bereit sind, Streichungen vorzunehmen, bei dieser Linie werden wir auch bleiben.

Herr Beat Spiess: Ich bin ebenfalls gegen die Rückweisung. Ich finde, die Rückweisung ist zu pauschal und bringt relativ wenig. Wir verlieren damit einen ganzen Sitzungszyklus und beschäftigen die ganze Verwaltung. Das führt zu weiteren Ineffizienzen und haben dann das Budget bereits einmal abgelehnt. Ich glaube, es wäre gut, wenn wir langsam in den normalen Betriebsmodus reinkommen, in dem wir das Budget studieren, kontrollieren und bewilligen, eventuell mit Streichungen. Und zu den Streichungen möchte ich noch sagen, dass ich vorher vergessen habe zu erwähnen, dass die FGPK regelmässig vom Gemeinderat eine Streichungsliste bekommt, die er zwar immer erwähnt hat, wir aber konkret sehen wollten. In diesem Fall wurden bereits über Fr. 500'000.-- gestrichen oder nicht aufgenommen. Das Budget ist also jetzt schon relativ schlank und wenn wir nach einer Rückweisung dann ein Budget zurückbekommen, das lineare Kürzungen beinhaltet oder bei dem die Luft draussen ist, ist das Budget dann zwar etwas tiefer, aber das Resultat in der Rechnung werden wir dadurch nicht gross beeinflussen können.

Herr Marius Fedeli: Ich bin auch gegen den Rückweisungsantrag und möchte noch etwas anderes beleuchten. Wir haben gesagt, dass wir auch bereits schon die letzten Budgets studiert haben. Was mich besonders stört an diesem Rückweisungsantrag, sind die 3 % bis 5 % in jedem Bereich. Diejenigen, die von der FGPK bereits gesprochen haben, wissen wie ich auch, dass man nicht in jedem Bereich 3 % bis 5 % einsparen kann. Es ist nicht so, dass auf der Gemeinde Schränke mit Papieren wären, die man nie braucht. In der FGPK haben wir einen genauen Einblick in jeden Bereich des Prüfberichts und können jeden einzelnen anschauen und überprüfen. Und Tobias und ich haben, meine ich, nie etwas gefunden, in dem man 3 % bis 5 % sparen könnte, sonst hätten wir es schon lange gesagt. Dir, Andreas Dober, würde ich vorschlagen, stell dich doch zur Wahl für die FGPK, dann kannst du die Rechnung auch im Detail sehen und vielleicht etwas genauere Anträge stellen.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag

Das Budget 2026 sei an den Gemeinderat zurückzuweisen. Dieser wird beauftragt, das Budget so zu überarbeiten, dass jeder Bereich mindestens 3 % bis 5 % einspart.

Der Antrag wird mit **25 : 11 Stimmen abgelehnt**.

Herr Andreas Tschan: Wie jedes Jahr werden auch dieses Jahr einzelne Mitglieder der SP und Grünen das Budget in dieser Form ablehnen. Wir anerkennen, dass es sehr schwierig ist für den Gemeinderat, gute Lösungen anzubieten. Wir haben es gehört bei den Ausgaben, bei Ausgabenkürzungen kommen wir in einen Bereich, in dem es die Verwaltung trifft. Kurzfristig können wir jetzt vielleicht ein Steuerprozent kürzen, grundsätzlich ändert es aber nichts beim Problem. Bei den Einnahmen wissen wir auch, Steuererhöhungen will niemand, das Volk lehnt es ab, also sind wir quasi blockiert. Dennoch kann ich für mich sagen, dass wenn ich in einem Defizit zustimmen könnte, bräuchte ich eine Strategie, die für mich Sinn macht und einen konkreten Fahrplan, wie wir in Zukunft mit einem so negativen Budget wieder in eine gute Richtung kommen. Einfach das Budget Jahr um Jahr so durchzunicken, ist zumindest für mich keine Lösung. Ich muss ehrlich zugeben, ich habe auch nicht gleich eine super Lösung, nur, dass ihr wisst, dass einige von uns das Budget nicht annehmen werden.

BERICHT ZUM BUDGET

Die Diskussion wird nicht verlangt.

ERFOLGSRECHNUNG

Frau Sandra Meier-Jaisli: Ich habe einen **Antrag** auf der Seite 12, Artengliederung. Auf allen Seiten sehen wir im Budgetkonto3099.00 den Personalausflug, der im 2026 stattfinden soll. Die anfallenden Kosten werden gemäss aktuellem Mitarbeiterspiegel auf die einzelnen Dienststellen verteilt. Der budgetierte Betrag pro Mitarbeiter/in beträgt unverändert Fr. 135.--. Wir haben vorher gehört, wir haben lange debattiert über das Rückweisen oder nicht Rückweisen und es ist uns allen klar, wir müssen sparen, es führt nichts daran vorbei. Mein Antrag lautet wie folgt: Der Posten3099.00 sei 2026 abzuändern und durch ein Mitarbeiteressen zu ersetzen, welches in der Freizeit stattfinden soll. Die Kosten dafür seien auf maximal Fr. 85.-- pro Mitarbeiter/in festzusetzen. Bemerkungen, wieso: Aus meiner Sicht ist einfach jetzt wirklich Zeit, überall, wo es nur irgendwie geht, zu sparen. Jetzt kann man sagen, man muss nicht bei den Mitarbeitern sparen, da gebe ich Recht, aber ich muss ehrlich sagen und

finde, es kann einfach nicht sein, dass ein Ausflug oder Mitarbeiteressen auf Arbeitszeit bezahlt wird. Ich sage mal, in der normalen Wirtschaft und als normaler Angestellter darf man an solchen Anlässen teilnehmen als Dankeschön und aus Freude. Und bei uns auf der Gemeinde, und ich weiss, es ist auch anderswo so, ist es einfach selbstverständlich, dass dies als Arbeitszeit gilt. Ich habe den Antrag bereit vor Jahren schon einmal gestellt. Das ist aus meiner Sicht im Moment nicht nötig und auch nicht angebracht. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag.

Abstimmung über den Antrag von Sandra Meier-Jaisli

Artengliederung3099.00: Der geplante Personalausflug sei durch ein Personalesse zu ersetzen, das in der Freizeit stattfinden soll. Die Kosten dafür seien zu kürzen und auf Fr. 85.-- pro Mitarbeiter/in festzusetzen.

Der Antrag wird mit **23 : 13 Stimmen** (bei 1 Enthaltung) **angenommen**.

Herr Urs Truttmann: Ich glaube, dass es der einzige Antrag sein wird, der in die andere Richtung geht: Ich stelle den **Antrag**, dass beim Konto Kommissionen, Behörden inkl. FGPK, 0110.3000.00, für die angekündigte und vorbesprochene Kommission Finanzstrategie 2035 ein Budget eingestellt wird: Zusätzliche Kosten von Fr. 15'000.--. Das ist eine Schätzung, die ich gemacht habe. Ich glaube, dass das nichts anderes als richtig ist, dass wenn wir die Kommission machen wollen, dass diese auch gewisse Arbeiten durchführen können. Das sollen keine Berater oder ähnlich sein, die wir anstellen, die Arbeit sollen wir machen. Aber wenn es zum Beispiel Abklärungen braucht, kann es sein, dass dafür Geld benötigt wird. Deshalb finde ich es nichts anderes als richtig, dass wir dafür ein Budget einsetzen. Deshalb beantragen wir die Erhöhung dieses Postens um Fr. 15'000.--.

Abstimmung über den Antrag der FDP

Im Budget 2026 sei die Position Kommissionen, Behörden inkl. FGPK, 0110.3000.00, um Fr. 15'000.-- zu erhöhen.

Der Antrag wird mit **36 : 0 Stimmen** (bei 1 Enthaltung) **angenommen**.

Herr Urs Truttmann: Wir haben das Thema Lohnerhöhungen diskutiert. Wir haben in den letzten Jahren den Lohnerhöhungen immer zugestimmt und sind der Meinung, dass wir nicht die ganze Lohnerhöhung streichen sollten, es darf individuelle Lohnerhöhungen geben, es gibt Potential. Wir stellen daher den **Antrag**, die Summe für die Lohnerhöhungen des Gemeindepersonals von 1 % auf 0.5 % zu reduzieren. Das gibt Spielraum für individuelle Anpassungen, für Wertschätzungen und gleichzeitig zeigt es auch, dass wir gerade eine schwierige Situation haben. Den genauen Betrag, den das ausmacht, weiss ich nicht, ich schätze, dass es um Fr. 25'000.-- bis Fr. 30'000.-- ausmacht zusammen mit den Sozialleistungen. Ich glaube, dass das ein Zeichen ist, dass wir einerseits Wertschätzung haben für individuelle Anpassungen und trotzdem das Bewusstsein haben, dass wir sparen müssen.

Herr Roman Häusler: Wie hoch ist der Betrag, den wir dafür einsparen könnten?

Herr Urs Truttmann: Es ist nicht so einfach, meiner Rechnung nach macht das ungefähr Fr. 25'000.-- bis Fr. 30'000.--. Kann der Gemeinderat das noch einigermaßen validieren?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Ja, das ist korrekt, das wird irgendwo um Fr. 25'000.-- herum sein.

Abstimmung über den Antrag der FDP

Artengliederung3010.00: Die Summe für Lohnerhöhungen des Gemeindepersonals sei von 1 % auf 0.5 % zu reduzieren.

Der Antrag wird mit **23 :14 Stimmen angenommen**.

Herr Urs Truttmann: Für die Beschaffung von E-Bikes sind Fr. 8'000.-- eingesetzt. Wir stellen den **Antrag**, diese Fr. 8'000.-- zu streichen. Wir gehen davon aus, dass man auch mit den eigenen Fahrzeugen hin- und herfahren kann. Ausserdem müssen wir noch auf die Erfahrungen mit den zwei Verwaltungsstandorten warten, bevor wir in E-Bikes investieren, darum beantragen wir die Streichung.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Da geht es um etwas, das den Betrieb der Gemeinde betrifft. Wir haben neu zwei Verwaltungsstandorte, zwischen denen wir uns hin- und herbewegen müssen, relativ schnell. Ich wäre froh, wenn man diesen Betrag im Budget belassen würde. Sonst läuft man am Schluss hin und her und es geht Arbeitszeit verloren. Mit dem Auto macht es ja sicher keinen Sinn, diese Strecke zu bewältigen. Das ist also eine Anschaffung, die den Betrieb tangiert, weshalb ich euch bitte, die beiden E-Bikes im Budget zu belassen.

Herr Elias Fricker: Ich selber arbeite auch in einem Betrieb mit verschiedenen Standorten. Wir haben zahlreiche Velos und ich denke, da würde es vielleicht auch ein normales Velo tun in dieser angespannten Finanzlage, das deutlich weniger kosten würde.

Abstimmung über den Antrag der FDP

Im Budget 2026 sei der Betrag von Fr. 8'000.--, Konto 0220.3111.00, für die Beschaffung von zwei E-Bikes zu streichen.

Der Antrag wird mit **25 : 10 Stimmen** (bei 1 Enthaltung) **angenommen**.

Herr Urs Truttmann: Es geht im Konto 0220.3130.00 mit Fr. 40'000.-- um die Rekrutierung der Leitung Bau Planung Umwelt. Uns ist bewusst, dass das eine Kaderstelle ist, die man mit externer Unterstützung suchen könnte. Wir denken, dass man das auch ohne externe Unterstützung kann, zumindest kann man es versuchen, denn eine externe Unterstützung ist definitiv keine Garantie, dass man eine gute Auswahl trifft. Darum stellen wir den **Antrag** auf die Streichung der Unterstützung zur Rekrutierung der Leitung Bau Planung Umwelt von Fr. 40'000.--. Wichtig ist mir noch zu erwähnen, dass alle Anträge namens der FDP-Fraktion eingegeben wurden, auch wenn ich immer das Wort übernehme.

Herr Marius Fedeli: Einige von euch wissen es, ich arbeite in diesem Bereich in einem privaten Büro. Wir verdienen Geld mit Gemeinden, die die Stellen nicht besetzt haben. Wenn ihr also den Betrag nicht einstellt, möchte ich oder einer meinen Konkurrenten sich bedanken. Denn wenn wir niemanden finden, brauchen wir eine externe Person, und das kostet dann viel mehr Geld, das kann ich euch versprechen. Was ich mir für diese Fr. 40'000.-- wünsche, dass wir zuerst versuchen, es ohne externe Unterstützung

auszuschreiben und zu besetzen, dann brauchen wir auch nicht Fr. 40'000.--. So, wie es uns erklärt worden ist, ist das wegen der Kaderfunktion. Ich kenne den Bauverwaltungsmarkt im Kanton Aargau ein wenig. Es ist nicht so, dass die Leute die offene Tür einrennen. Es ist eher so, dass sie von einer Gemeinde zur nächsten rennen und wenn eine Stelle auf einer anderen Gemeinde frei wird, weiter. Es ist nicht so einfach in diesem Bereich. Darum sind mir die Fr. 40'000.-- das Geld wert, wenn wir dadurch jemand Gutes finden, der lange bleibt. Deshalb würde ich die Fr. 40'000.-- gerne im Budget lassen. Und wenn es denn ein externes Mandat gibt, denkt an mich.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Marius hat das besser erklärt, als ich es könnte. Ich kenne den Markt auch und er ist effektiv ein angespannter, genau, wie er es geschildert hat. Selbstverständlich beabsichtigt der Gemeinderat, zuerst selber zu schauen. Dieser Betrag ist eingeplant, weil man eben die Situation kennt und das Risiko relativ gross ist, dass wir alleine nicht erfolgreich sein werden. Darum sollte man diesen Betrag im Budget belassen, es ist aber keine Absicht, von Anfang an mit externer Unterstützung aususchreiben. Ich möchte noch nachschieben, wir haben heute die Strategie Gysimatte beraten und für die nächste Sitzung verabschiedet. Ich habe am Schluss dieser Diskussion gesagt, dass es, wenn wir diese Geschäfte umsetzen wollen, es Fachpersonen braucht, die etwas davon verstehen. Wenn wir die nicht haben, wird es entweder unheimlich teuer oder man muss die Geschäfte sein lassen.

Abstimmung über den Antrag der FDP

Im Budget 2026 sei der Betrag von Fr. 40'000.--, Konto 0220.3130.00, für die Unterstützung der Rekrutierung der Leitung Bau Planung Umwelt, zu streichen.

Der Antrag wird mit **17 : 14 Stimmen** (bei 6 Enthaltungen) **angenommen**.

Herr Marius Fedeli: Ich habe es schon gesagt, ich bin nicht gegen den Betrag. Wenn ihr nicht Fr. 40'000.-- ausgeben möchtet, dann wenigstens noch das Geld für ein Inserat. Ich stelle deshalb den **Antrag**, dem Konto 0220.3091.00 (Korrektur von Patrick Bleuer, Leiter Finanzen) einen Betrag von Fr. 3'000.-- einzustellen für ebengenau ein solches Inserat.

Herr Beat Spiess: Ist es nötig, dass wir über solche Bagatellen abstimmen? Ist das nicht im Ermessen des Gemeinderats, ein Inserat aufzugeben?

Herr Präsident Marc Jaisli: Meiner Meinung nach kann man gut darüber abstimmen.

Abstimmung über den Antrag von Marius Fedeli

Dem Konto 0220.3091.00 sei ein Betrag von Fr. 3'000.-- für ein Stelleninserat zur Rekrutierung der Leitung Bau Planung Umwelt einzustellen.

Der Antrag wird mit **28 : 3 Stimmen** (bei 6 Enthaltungen) **angenommen**.

Herr Urs Truttmann: Es geht um die Aussen-WC-Anlagen unter der Brücke beim alten Feuerwehrdepot, Ersatz einer Türe für Fr. 10'000.--, Konto 0290.3144.00. Wir stellen den **Antrag**, diesen Betrag zu streichen, weil man die Türe wahrscheinlich günstiger reparieren oder halt so lassen kann, wie sie jetzt ist, im Sinne der allgemeinen Sparinitiative.

Herr Andrin Battaglia: Mich würde wirklich interessieren, was hinter dieser Tür ist. Ich war heute Mittag da und wollte schauen, die Türe war geschlossen mit einem Kaba-Zylinder. Ist dort wirklich eine WC-Anlage dahinter oder welcher wertvolle Gegenstand wird dahinter versteckt?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Es sind zwei alte WC-Anlagen, die eine ist geschlossen, weil sie einfach nicht mehr funktioniert und die andere ist noch im Betrieb. Bei dieser ist die Idee, die Metalltüre zu erneuern, damit die Kinder, die oben im Mittagstisch sind, sich dort erleichtern können. Im Moment ist es so, dass die Kinder die Türe offenbar offenlassen müssen, weil sie sonst die Türe nicht wieder öffnen können, da sie stark klemmt. Das ist der Grund, warum der Gemeinderat zum Schluss gekommen ist, eine Tür zu ersetzen.

Herr Andrin Battaglia: Wir haben jetzt gelernt, ein WC ist kaputt, dort gibt es trotzdem eine neue Tür. Und das andere WC, wird das im Moment genutzt oder möchte man das nutzbar machen? Ich schlage sonst vor, streichen wir den Betrag heraus und machen das in einem Jahr und diskutieren das dann.

Frau Andrea Suter: Ich habe zwar keine eigenen Kinder im Mittagstisch, gebe aber ja hier Schule und und mir ist jetzt klar, warum um halb zwölf immer so viele Kinder in der Schule aufs WC gehen. Ich glaube jetzt wirklich, dass sie nicht gehen können und sagte aber immer, sie sollen doch zu Hause aufs WC. Die Türe ist also schuld. In dem Sinne würde ich dafür plädieren, dass wir die Türe flicken sollten.

Herr Urs Truttmann: Ich sehe, dass das ein dringendes Problem ist und möchte es auch nicht kleinreden. Ich finde einfach, dass Fr. 10'000.-- sehr viel ist für eine klemmende Tür, das ist der Punkt, warum wir das streichen wollen. Weil wenn ich zu Hause eine klemmende Türe habe, rufe ich Gaetano an und sage, er solle den Hobel mitnehmen. Darum finden wir, dass eine Neuanschaffung nicht nötig ist. Ich möchte aber niemanden daran hindern, dort die Notdurft zu verrichten. Darum können wir den Antrag auch ändern auf eine Reparatur, dass wir die Fr. 10'000.-- ändern auf Fr. 2'000.--, ich weiss nicht, ob das reicht? Aber im Sinne der angespannten Situation sind solche Lösungen unseres Erachtens auch wichtig. Ich **ändere unseren Antrag**, statt die Streichung eine Kürzung, also noch Fr. 2'000.-- im Budget belassen.

Frau Barbara Fäh: Ich habe gehört, dass es eine Metalltüre sei und ich glaube, dass das nicht vergleichbar ist mit einer Türe im Hausinnern. Wenn ich an meine Haustüre denke, hat die deutlich mehr als Fr. 2'000.-- gekostet, und die ist nicht voll aus Metall. Ich gehe davon aus, dass man die Türe repariert hätte, wenn das möglich gewesen wäre. Ich frage den Gemeinderat noch einmal: Gehe ich richtig in der Annahme, dass die Türe nicht reparierbar ist und darum die Fr. 10'000.-- ins Budget gestellt wurde, weil sie aus Metall ist?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Ja, genau so ist es. Es ist eine Metalltüre, die man rausspitzen und neu verankern muss. Uns liegt eine Richtofferte für den Betrag vor, noch keine fertige Offerte. Die Kosten werden sich aber rund um Fr. 10'000.-- bewegen. Ein Hobel reicht hier leider nicht aus.

Herr Präsident Marc Jaisli: Urs, willst du immer noch an der Streichung festhalten oder auf Fr. 2'000.-- kürzen?

Herr Urs Truttmann: Wir haben in der Fraktion kurz Rücksprache gehalten und **ziehen den Streichungsantrag zurück**, die Notdurft ist zu gross.

Herr Urs Truttmann: Wir stellen den **Antrag**, den Ersatz der Mitarbeitendenküche im 2. OG inkl. Kleinboiler für Fr. 24'000.--, Konto 0290.3144.02, zu streichen und bitten die Mitarbeitenden um noch etwas Geduld, bis wir den Betrag im nächsten Budget unterbringen können. Mir ist bewusst, dass wir

beim Personal bereits ein paar Beträge gespart haben. Den Personalausflug hatten wir nicht auf unserem Radar, wir wollten bewusst nicht noch mehr machen. Wir haben den aber jetzt so aufgenommen und stellen zur Diskussion, ihn zu streichen und noch mit dieser Situation zu leben bis auf weiteres.

Herr Roman Häusler: Mit der FGPK waren wir bereits einige Male in diesen Räumlichkeiten. Es ist lausig, wirklich nur lausig, wenn man dort Mittagessen muss. Entschuldigung, aber die Kästchen kommen einen entgegen, wenn man sie öffnen will. Meiner Meinung nach ist es nur lausig, was dort steht oder liegt.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Ich mache gerne noch eine Präzisierung: Es sind Fr. 18'000.-- für die Küche im Budget und Fr. 3'000.-- für den Maler und die Anschlussarbeiten, die es dort braucht, und Fr. 3'000.-- gerundet für den neuen Boiler. Joel und ich haben heute Abend diese Küche noch einmal begutachtet, weil wir dachten, dass sie zum Thema wird. Das eine Küchentürchen ist uns entgegengekommen und der eine Griff ist abgefallen. Es ist so, dass man diese Küche schon noch ein Jahr betreiben kann, sie ist aber schon lausig, ich muss dir Recht geben.

Abstimmung über den Antrag der FDP

Im Budget 2026 sei der Betrag von Fr. 24'000.--, Konto 0220.3144.02, für den Ersatz der Mitarbeitendenküche im 2. OG inkl. Keinboiler, zu streichen.

Der Antrag wird mit **25 : 7 Stimmen** (bei 5 Enthaltungen) **abgelehnt**.

Herr Urs Truttmann: Wir stellen den **Antrag**, für den Ersatz Atemschutzkompressor den Betrag von Fr. 31'200.-- im Konto 0290.3144.03 zu streichen unter der Annahme, ihn erst dann zu ersetzen, wenn er nicht mehr funktioniert und nicht vorsorglich. Wir gehen davon aus, dass er noch solange funktioniert, wie er funktioniert und ihn nicht vorsorglich ersetzen sollten.

Herr Andrin Battaglia: Ich habe diesen Posten auch mit Interesse gelesen. Stellt sich mir die Frage, ob das so ein Sicherheitsteil ist mit Zertifizierungen? Kann man das einfach nicht ersetzen oder ist man gezwungen, ihn nächstes Jahr zu ersetzen?

Herr Gemeinderat Joel Blunier: Der Atemschutzkompressor ist ins Alter gekommen und die Wartung ist nicht mehr möglich, der Hersteller wartet das Gerät nicht mehr und es gibt auch keine Ersatzteile mehr. Ab Ende dieses Jahres läuft man in einem Modus, in dem man das Prinzip Hoffnung hat, dass nichts passiert. Wenn etwas passiert, muss man ihn sofort ersetzen. Das geht aber nicht so einfach, weil man relativ lange Lieferfristen hat und vor allem muss die Feuerwehr in der Zwischenzeit trotzdem ihre Einsätze leisten können. Sie brauchen volle Flaschen für den Atemschutz. Man kann das zwar irgendwie lösen, indem man zum Beispiel bei der Nachbarfeuerwehr die Flaschen füllen lässt. Dann braucht man aber Ersatzflaschen, weil ja immer Flaschen beim Füllen sind und andere rechtzeitig bereit sein müssen. Und dann gibt es noch eine bauliche Thematik im Gebäude selber. Man braucht die Luft nicht nur, um die Flaschen zu füllen, sondern ganz wichtig, man braucht sie auch für die Autos selber, das Tanklöschfahrzeug und das Personentransportfahrzeug werden ebenfalls mit dieser Luft gefüllt. Die Autos sind also auch nicht mehr befüllbar ohne Kompressor, ausser man hat direkt vor Ort einen Mietkompressor, den man dazumieten oder -kaufen könnte, wenn es soweit ist. Es gäbe also schon weitreichende Folgen, wenn der Kompressor aussteigen würde, wenn man es einfach so weiterlaufen lassen würde in der Hoffnung, dass nichts passiert. Roman weiss, wie es im Detail funktioniert. Ich muss noch eine Ergänzung mitgeben: Wenn ihr diesem Antrag zustimmt, müsst ihr gleichzeitig beim Konto 0290.4260.00 Fr. 6'000.-- Ertrag entfernen, netto sind es dann nur noch Fr. 25'000.--, die man einspart.

Die Fr. 6'000.-- im Ertrag sind die Rückvergütungen des AGV, die man bekommt, wenn man einen Atemschutzkompressor beschafft.

Herr Fabio Toma: Von der technischen Seite her: Die Lastwägen haben alle einen Druckluftspeicher und bremsen mit Druckluft, nicht wie eure PW's mit Bremsflüssigkeit. Jetzt müsst ihr euch vorstellen, wenn die Autos keine Druckluft mehr haben und leer sind, muss man zuerst den Motor starten und warten, bis sie gefüllt sind, sonst fährst du keinen Meter. Da vergehen wertvolle Sekunden und Minuten, die die Feuerwehr so definitiv verliert. Und es soll ja keiner kommen und meinen, wir könnten das auch mit Elektro machen, das bringt rein gar nichts. Es sind dort auch alle Fahrzeuge mit Druckluftbremsen ausgestattet und es sind die Reserven für den Atemschutz auch noch mit im Fahrzeug, die ständig unter Druck sind für einen grösseren Einsatz, damit die schnell vor Ort gebracht werden können. Ich meine, dass da die Sicherheit immer noch erste Priorität hat.

Herr Vize-Präsident Reto Bianchi: Als ehemaliger AGV-Instruktor und Verantwortlicher Material im Kanton Aargau ist meine Frage einfach: Ist die Lebensdauer dieses Kompressors vom Alter her bereits erreicht oder prophylaktisch fürs Budget? Und Folgefrage an Joel: Könnte man das auch über Lodur sauber budgetieren, damit wir frühzeitig wissen, was weiter bald abläuft?

Herr Gemeinderat Joel Blunier: Das ist laut Auskunft der Feuerwehr tatsächlich so, dass der Kompressor Ende Jahr nicht mehr gewartet werden kann, weil die Ersatzteile nicht mehr geliefert werden, das ist der Hauptgrund. Und die Folgefrage wegen Lodur, da bin ich überfragt, das müsste ich abklären. Es ist aber so, dass die technischen Geräte bei der Feuerwehr auf dem Radar sind und die genau wissen, wie und wann die Ablaufzeiten oder Wartungsdauern dieser Gerätschaften sind und wann diese auslaufen. Das ist selbstverständlich in ihrer Planung enthalten.

Herr Fabio Toma: Es verwundert mich, Reto, du als Feuerwehrmann, als Offizier. Wir sind jetzt ungefähr zehn Jahre nicht mehr dabei, oder? Der Kompressor war schon damals vor fünf Jahren fällig, man hat es herausgeschoben, jetzt ist er wirklich in extremis angelangt. Wenn wir noch dabei wären, wärest du der Erste gewesen, der dafür gewesen wäre. Weil die Sicherheit immer noch an erster Stelle steht. Es ist nicht prophylaktisch, es muss sein.

Herr Reto Bianchi: Ich habe nur die Lebensdauer erfragt, nicht gesagt, dass ich es ablehne, du hast das wahrscheinlich hineininterpretiert. Und wenn das vor fünf Jahren schon fällig war, brauchen wir die Information, wenn es fällig wird.

Herr Roman Häusler: Bei mir sind es auch zwölf Jahre, dass ich in der Feuerwehr bin. Ich weiss noch, dass wir schon mal zwei Kompressor hatten und zurückgegangen sind auf den einen Kompressor, weil man gesagt hat, wenn der dann mal kaputt ist, ersetzen wir ihn. Und jetzt ist der Punkt erreicht, an dem man das Gerät ersetzen muss, fertig.

Herr Urs Truttmann: Ich erkenne zwei Sachen: Erstens, dass dieser Kompressor nicht nur für die Atemschutzgeräte vorgesehen ist, sondern auch noch andere Funktionen übernimmt, was uns so nicht bewusst war, und zweitens, dass wir keine Feuerwehrleute in der Fraktion haben, darum wissen wir das nicht. Darum **ziehen wir den Streichungsantrag wieder zurück**, weil wir keine sicherheitstechnischen Risiken eingehen wollen, die uns nicht bewusst waren.

Frau Heidi Niedermann: Ich beziehe mich auf das Konto 3110, Dorfmuseum. Wir schätzen es, ein Dorfmuseum zu haben und dort auch interessante Ausstellungen besuchen zu können. Trotzdem sind wir der Meinung, dass der bauliche Unterhalt (3110.3144.00), die internen Verrechnungskosten für das Bauamt (3110.3120.00), Kosten für Ver- und Entsorgung (3110.3120.00) sowie Spesen und

Entschädigungen (3110.3170.00) in der Höhe von Fr. 23'800.-- sehr hoch sind. Wir stellen den **Antrag**, diesen Betrag um Fr. 13'800.-- auf Fr. 10'000.-- zu reduzieren.

Frau Gemeindeschreiberin Cornelia Crouch: Die Anträge müssen für ein einzelnes Konto gestellt werden, nicht übergeordnet auf eine ganze Gruppe.

Frau Heidi Niedermann: Ich formuliere den **Antrag** anders, dass dem Konto 3110 Fr. 12'000.-- eingespart werden soll. Der bauliche Unterhalt, Konto 3110.3144.00, sei um Fr. 2'900.-- zu kürzen. Die internen Verrechnungskosten, Konto 3110.3910.00, seien um Fr. 1'950.-- zu kürzen. Die Ver- und Entsorgung sei um Fr. 4'150.-- zu kürzen. Die Spesen und Entschädigungen, Konto 3110.3170.00, seien um Fr. 3'000.-- zu kürzen. Das ergibt Einsparungen von Fr. 12'000.--.

Herr Gemeinderat Christian Moricchi: Ihr spart hier unter anderem auch an den Kommissionsgeldern. Ich betreue die Museumskommission und sehe, wie viel diese Leute arbeiten und zwar unentgeltlich. Die haben ja auch eine Schreinerei und machen extrem viel. Sie bekommen einen Bruchteil vergütet von dem, was sie leisten. Dazu sind beim baulichen Unterhalt bereits zwei Posten massiv gestrichen worden, ich rate davon ab, dort noch mehr Streichungen zu machen beim Museum, das läuft da schon extrem schlank.

Herr Beat Spiess: Ich finde die Absicht gut, dass man sparen möchte. Ich finde aber, dass es zu wenig durchdacht ist, was man hier beantragt. Man würde den Betrieb vom Museum erheblich einschränken. Es wäre auch eine Faust aufs Auge für die Leute, die dort engagiert arbeiten. Und ich sehe nicht, wie beim Posten von Ver- und Entsorgung, vor allem bei der Versorgung, bei der es um Strom, Wasser, Heizung geht, Einsparungen gemacht werden sollen und wie man dann so ein Museum noch betreiben kann. Soll man vielleicht den Strom abstellen oder die Heizung? Ich glaube, es wäre besser, auf die Streichungen bei diesem Posten zu verzichten, bevor das genauer abgeklärt ist.

Herr Leiter Finanzen Patrick Bleuer: Zur fachlichen Unterstützung des Einwohnerrats habe ich ein paar Zahlen herausgesucht: Bei 3110.3120.00, Ver- und Entsorgung, würde es bedeuten, dass man 50 % der Heizperiode nicht heizen könnte, dort ist der grösste Teil die Gasversorgung. Wenn wir zu 3110.3144.00, baulicher Unterhalt, gehen, haben wir lediglich eine Wahlposition, den Rest machen Serviceverträge oder der ordentliche Unterhalt aus, dort stelle ich mir Streichungen herausfordernd vor. In 3110.3170.00 sind unter anderem die Führungen enthalten, die unser Dorfmuseumsteam durchführt, die das Museum den Leuten zeigen und das Dorf wiederum repräsentieren. Wenn man dort Fr. 3'000.-- einsparen würde, müsste man sich bewusst sein, dass das Museum einer geringeren Nutzung zur Verfügung steht. Zuletzt zu der internen Verrechnung, 3110.3910.00, das ist ja unser Bauamt, das dort den Unterhalt bestreitet, vor allem auf den Aussenflächen wie Rasenmähen, Rückschnitt der Sträucher. Es ist keine offizielle Bezeichnung, aber durchaus ein Knotenpunkt dort, da müsste berücksichtigt werden, dass die Aussenflächen nicht mehr so bewirtschaftet werden könnten wie bis anhin. Diese Kosten würden dann sowieso einfach an einem anderen Ort anfallen, das ist ja nur eine Umlage der Kosten des Bauamts.

Frau Heidi Niedermann: Wenn ich jetzt all diese Erläuterungen höre, ist es mir klarer. Wenn ich aber nur diese Zahlen lese, bleibt halt ein Haufen Fragen offen. Ich **ziehe den Antrag zurück**.

Herr Urs Truttmann: Wir stellen den **Antrag**, unter 3420.3111.00, die Neuanschaffung eines zusätzlichen Wassertransportanhänger für Fr. 16'300.-- zu streichen. Wie wir es verstanden haben, handelt es sich um einen zusätzlichen Wassertransportanhänger, der für eine operative Vereinfachung sorgen würde, der Betrieb aber trotzdem weitergehen würde, wenn man diesen nicht hätte. Entsprechend beantragen wir die Streichung.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Wir haben immer heissere Sommer, wir haben auch immer mehr Grünflächen und Bäume, die man giessen muss. Das Bauamt besitzt meines Wissens nach einen Anhänger mit einem grossen Fass darauf, mit dem sie das machen können. Es würde natürlich die Arbeit deutlich erleichtern, wenn zwei Teams unterwegs sein könnten. Das ist also nicht nur nice to have, aber tatsächlich geht das Leben sicher noch ein Jahr weiter, wenn das abgelehnt wird.

Abstimmung über den Antrag der FDP

Im Budget 2026 sei der Betrag von Fr. 16'300.--, Konto 3420.3111.00, für die Neuanschaffung eines zusätzlichen Wassertransportanhängers, zu streichen.

Der Antrag wird mit **22 : 15 Stimmen angenommen**.

Frau Heidi Niedermann: Ich habe noch eine Frage zu Konto 3420.3140.00, Seite 22, Unterhalt Dorfkern Süd, das ist meiner Meinung nach der Oberdorfplatz. Unter diesem Konto ist ein Betrag von Fr. 6'200.-- für den Unterhalt eingestellt. Wir stellen den **Antrag**, dass dieser Betrag gestrichen wird, weil wir der Meinung sind, dass der Unterhalt auch durch das Bauamt geleistet werden könnte. Es ist ja schon der Posten ordentlicher Unterhalt mit Fr. 7'000.-- in diesem Konto enthalten.

Herr Gemeinderat Christian Moricchi: Das ist richtig, der Unterhalt wurde ausgelagert an einen Gartenbau, aus dem simplen Grund, weil das Bauamt eben genau diese Ressourcen nicht hat, sonst würden sie es machen.

Frau Heidi Niedermann: Heisst das, dass das Bauamt nicht in der Lage ist, den Unterhalt dort zu leisten? Oder besteht einfach noch ein Vertrag, der entschädigt werden muss?

Herr Gemeinderat Christian Moricchi: Es wurde aus personellen Gründen, wegen fehlender Ressourcen, ausgelagert.

Frau Heidi Niedermann: Wenn es also gar keine Möglichkeit gibt bezüglich der Ressourcen, müssen wir den **Antrag zurückziehen**. Ich finde es einfach schade, wenn wir keine kleinen Zeichen setzen können gegenüber unserer Bevölkerung, dass wir wirklich gewillt sind, zu sparen. Aber ich kann es ja nicht beurteilen, ob die Ressourcen vorhanden sind oder nicht, ich muss das einfach glauben, wenn ihr das sagt.

Herr Samuel Hasler: Ist der Dorfkern Süd beim Oberdorfplatz bei der Bauernstube? Christian nickt, deshalb übernehme ich gerne den **Antrag** von Heidi, dass der Beitrag von Fr. 6'200.-- unter dem Konto 3420.3140.00 gestrichen werden soll.

Herr Beat Spiess: Hier sehe ich eigentlich keine Luft in diesem Posten. Letztes Jahr in der Rechnung wurden dort Fr. 25'000.-- ausgegeben unter dem baulichen Unterhalt und jetzt wurde insgesamt Fr. 23'300.-- budgetiert. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir dort eine schlechtere Pflege oder einen schlechteren Unterhalt möchten. Es ist zugegebenermassen eine Stange Geld, aber ich sehe keinen Hinweis, dass dort letztes Jahr Geld verschleudert worden wäre. Es ist auch nicht so, dass wir beim Prüfen der Rechnung dort Luft gesehen hätten. Es ist vermutlich ein Schildbürgerstreich, wenn wir dort den Betrag streichen.

Frau Barbara Fäh: Mal ganz generell dazu, wenn ich die Streichungsanträge betrachte, die eingegangen sind. Die Mehrheit betrifft glaube ich vor allem die Mitarbeitenden unserer Gemeinde, wir haben jetzt zwar ein paar abgewendet. Es geht um die Lohnerhöhung, bei der Küche wollen wir jetzt doch noch investieren, damit man anständig essen kann, der Mitarbeitendenanlass wurde gestrichen und ich denke, wenn wir jetzt die Fr. 6'200.-- für den Unterhalt auch noch streichen, und wir haben ja gehört, es sei ein Ressourcenproblem, aber das Bauamt muss dann irgendwie diese Arbeit übernehmen, heisst, in der gleichen Zeit müssen sie mehr machen. Ich sehe, es gibt gewisse Personen hier, die ein Zeichen setzen wollen, ich habe aber das Gefühl, dass das auf Kosten der Mitarbeitenden geht. Ich finde es sehr einfach, wenn man einfach Geld streicht und nicht ins Budget aufnimmt. Aber am Schluss spüren wir es nicht direkt. Die Lohnerhöhung, die die Mitarbeitenden weniger haben, betrifft mich persönlich nicht. Sie betrifft mich dann aber vielleicht, wenn niemand mehr Lust hat, hier zu arbeiten. Das, was Patrik und Andreas vorhin gesagt haben, warum man das Budget nicht zurückweisen soll, kommen wir auch jetzt wieder genau zu diesem Punkt. Ich weiss ja nicht, wahrscheinlich bekommen wir bald mehr Sitzungsgeld. Man pickt einfach eine Zahl raus, die einem ein bisschen hoch erscheint und beantragt die Streichung. Man ist aber noch nicht einmal informiert, warum zum Beispiel die Tür Fr. 10'000.-- kostet oder warum jetzt diese Küche für Fr. 24'000.-- ersetzt werden soll. Dort habe ich die Erwartung, fragt doch einfach mal nach. Denn jetzt diskutieren wir so lange und müssen immer wieder nachfragen und die Zeit schreitet fort. Wie es Patrik schon sagte, es sind bereits Fr. 500'000.-- gestrichen oder gar nicht erst ins Budget aufgenommen worden. Und ich meine, wir bewegen uns in einem Rahmen, der im Vergleich zum Defizit minimal ist. Und ich frage mich, was das für ein Zeichen gegen aussen ist, wenn wir das alles streichen? Das ist mein genereller Input.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Ihr habt vorher den Wassertransportanhänger gestrichen, den sie beschaffen wollten, damit sie effizienter arbeiten können. Sodass zum Beispiel zwei Teams unterwegs sein können. Das Bauamt ist generell am Anschlag mit dem Unterhalt der Grünanlagen. Die Politik möchte immer mehr machen, das ist ja auch im Zeitgeist, Schwammstadt, Klimaerwärmung usw. Dann muss man die Grünanlagen natürlich auch unterhalten. Auf der einen Seite streicht ihr dem Bauamt den Wassertransportanhänger und auf der anderen Seite gebt ihr dem Werkhof noch mehr Aufgaben, das ist einfach schwierig.

Abstimmung über den Antrag von Samuel Hasler

Im Konto 3420.3140.00 soll der Betrag für den Unterhalt Dorfkern Süd, Fr. 6'200.--, gestrichen werden.

Der Antrag wird mit **24 : 10 Stimmen** (bei 3 Enthaltungen) **abgelehnt**.

Frau Heidi Niedermann: Ich habe eine Frage zu Konto 5440, Jugendschutz. Hier ist gegenüber dem Budget 2025 der Betrag um Fr. 11'700.-- gestiegen und gegenüber der Rechnung sogar um Fr. 17'600.--. Bevor ich den Kürzungsantrag stelle, möchte ich fragen, was der Grund für diese grosse Erhöhung ist?

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Einerseits ist es der Lohn, weil man letztes Jahr noch nicht alle Stellen besetzen konnte bzw. hatte man eine relativ hohe Fluktuation. Auf der anderen Seite hat man ein neues Konzept erstellt, bei dem man neu zum Beispiel zusätzlich auch Ü16-Jugendliche ansprechen möchte. Diese leichte Anpassung im Konzept bzw. die Stellenbesetzungen dazu, die dann alle Gemeinden betrifft, hat man aber erst ungefähr Mitte Jahr beginnen können. Das ist nicht ein grosser Betrag, das sind 20 Stellenprozente verteilt auf die drei Gemeinden. Letztes und vorletztes Jahr konnte man nicht alle Stellen besetzen und darum hat man die Lohnkosten nicht ausgeschöpft, die budgetiert

waren. Darum hat die Rechnung dann nicht so hohe Lohnkosten gezeigt. Im normalen Aufwand gab es hingegen keine Erhöhungen.

Herr Samuel Hasler: Ich habe einen **Kürzungsantrag** für das Konto 6150.3130.00, Dienstleistungen Dritter. Dort sind Fr. 4'000.-- geplant für die Teilnahme beim Projekt Velobserver, ein Projekt zur Bewertung von Velowegen. Ich glaube, wir können hier Fr. 4'000.-- gut einsparen.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Wir setzen uns für diesen Betrag nicht speziell ein. Das ist eine Aktion, zu der wir angefragt worden sind, ob wir mitmachen. Wir hatten den Eindruck, dass das eine gute Sache ist in diesem Zusammenhang. Aber es ist keine existentielle Sache.

Herr Vize-Präsident Reto Bianchi: Wenn ihr auf www.velobserver.ch geht, seht ihr eine Seite, auf der Velofahrer angeben können, ob die Situation für Velofahrer gefährlich ist oder nicht mittels verschiedener Bilder. Das führt dann dazu, dass die Raumplanung auch für die Velowegsicherheit schaut. Von dem her sage ich, dass die Fr. 4'000.-- gut investiert sind in die Sicherheit, wenn man mit dem Velo unterwegs ist.

Abstimmung über den Antrag von Samuel Hasler

Im Konto 6150.3130.00 soll die geplante Ausgabe von Fr. 4'000.-- für die Teilnahme an Velobserver gestrichen werden.

Der Antrag wird mit **20 : 14 Stimmen** (bei 3 Enthaltungen) **angenommen**.

Frau Heidi Niedermann: Konto 7690, Bekämpfung von Umweltverschmutzung. Auch uns sind energiesparende und umweltverträgliche Massnahmen sehr wichtig. Wir stellen einfach die finanziellen Aufwendungen für Dienstleistungen und externe Beratung Energiestadt, die unter dem Konto 7690.3132.00 aufgeführt sind, wie auch die jährlichen Kosten für eine Mitgliedschaft im Trägerverein Energiestadt unter dem Konto 7690.3636.00 in der Höhe von Fr. 11'200.-- in Frage, zumal von anderen Anbietern wie zum Beispiel der Eniwa wie gerade heute Abend in regelmässigen Abständen Energieapéros zum Thema Energiesparen angeboten werden, die für Interessierte kostenlos sind. Wir stellen darum den **Antrag**, den Beitrag auf Fr. 10'000.-- zu kürzen. Das betrifft das Konto 7690.3132.00, unter dem ja ein Workshop geplant ist.

Herr Gemeinderat Christian Moricchi: Zur Erklärung, der Workshop und die Energiestadt haben eigentlich nichts miteinander zu tun. Und die Rückerstattung von Fr. 5'000.--, die ihr im Konto 7690.4260.00 seht, bekommen wir wieder zurück, wenn wir den Workshop durchführen. Die Ersparnisse reduzieren sich also.

Frau Heidi Niedermann: Wir möchten das Honorar von Fr. 14'200.-- unter dem Konto 7690.3132.00 gar nicht in Anspruch nehmen. Das heisst, wir stellen den **Antrag**, die Fr. 14'200.-- abzüglich der Rückerstattung von Fr. 5'000.-- zu streichen, das ergibt dann eine Ersparnis von Fr. 9'200.--. Ich habe es vorher grosszügig aufgerundet.

Herr Leiter Finanzen, Patrick Bleuer: Für eine Entscheidungshilfe: Wir haben Dienstleistungen eingestellt in der Höhe von Fr. 6'000.-- in dieser grossen Position 3132, die zur Sicherstellung des Energielabels dienen, unter anderem der Nachführung der Energiebuchhaltung. Zusätzlich zu diesem Betrag sind Fr. 8'200.-- eingestellt für die entsprechenden Events. Wenn man die Fr. 8'200.-- streichen wollen würde, würden gleichzeitig die Fr. 5'000.-- auf der Einnahmeseite wegfallen, das heisst eine Ersparnis von

Fr. 3'200.--. In der Konsequenz müsste man dann die Honorare für die Energiestadt, für die Nachhaltigkeit respektive für die Fortführung für die externe Beratung in der Energiestadt streichen. Das müsste ich noch genauer abklären, wir sind Mitglied und können nicht einfach Beiträge zu unserem Energielevel streichen. Das könnte entsprechend dann auch Folgekosten nach sich ziehen, schon nur das Logopapier und die -couverts. Das wäre eine andere Diskussion. Die Nachführung der Energiebuchhaltung wird durch eine externe Unternehmung durchgeführt und sichergestellt. Das ist Bestandteil der Rezertifizierung und müsste in einem nächsten Schritt gemacht werden. Relativ einfach streichen könnte man die Fr. 8'200.--, auf Events verzichten, müsste dann aber auch die Fr. 5'000.-- Einnahmen mit streichen.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Ihr habt zu Beginn der Sitzung über die Motion von Urs Truttmann diskutiert, weil man Grundsätzliches anschauen möchte. Wenn ihr heute Abend einfach spontan das Energiestadt-Label canceln möchtet, mit Kosten von ein paar wenigen tausend Franken, finde ich das nicht seriös. Das ist jetzt sicher etwas, das man im Rahmen der Bearbeitung der Motion sorgfältig beurteilen könnte. Dann könnte man sich die Vor- und Nachteile, die das Label hat, gegenüberstellen und danach entscheiden.

Frau Heidi Niedermann: Ich kann das sehr gut nachvollziehen. Ich habe zum Zeitpunkt, als wir die Anträge zusammengestellt haben, noch nichts gewusst von der Motion von Urs Truttmann. In Anbetracht von dieser Motion, von der ich hoffe, dass sie in der Dezember-Sitzung durchkommt, bin ich auch der Meinung, dass wir über solche Themen diskutieren müssen. In dem Sinne **ziehe ich unseren Antrag zurück**.

Herr Urs Truttmann: Wir stellen den **Antrag**, für den Hausanschluss Wasser Friedhof, Ersatz Brunnenschacht und Zuleitung zusätzlicher Wasserentnahmestelle bei der Urnenwand, Konto 7710.3144.00, Fr. 19'000.-- zu streichen. Es bestehen bereits Infrastrukturen und im Sinne der Sparbemühungen bitten wir darauf zu verzichten.

Herr Gemeinderat Christian Moricchi: Das ist so, es bestehen bereits Infrastrukturen. Das sind aber halt einfache Ansprüche, die aus der Bevölkerung kommen. So war es auch bei der Wasserentnahmestelle bei der Urnenwand. Es ist aber nicht überlebenswichtig.

Abstimmung über den Antrag der FDP

Im Budget 2026 sei der Betrag von Fr. 19'000.--, Konto 7710.3144.00, für die Wasserentnahmestelle bei der Urnenwand, zu streichen.

Der Antrag wird mit **30 : 3 Stimmen** (bei 4 Enthaltungen) **angenommen**.

INVESTITIONSRECHNUNG

Die Diskussion wird nicht verlangt.

STEUERFUSS

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Antrag

Das Budget 2026 sei zu genehmigen und der Steuerfuss für das Jahr 2026 auf 118 % festzusetzen.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit **29 : 5 Stimmen** (bei 3 Enthaltungen) **zugestimmt**.

Teilrevision von § 25 der Bau- und Nutzungsordnung (BNO)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Andreas Burgherr, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Das ist die letzte grosse Pendeuz der Gemeinde im Zusammenhang mit der Revision unserer Bau- und Nutzungsordnung. Ihr könnt euch erinnern, vor zwei Jahren haben wir bereits über das Thema diskutiert. Die Ortsbürger stellten damals den Antrag, dass man ihren Bereich des Feuerwehrmagazins und des alten Werkhofs aus dem Gestaltungsplanperimeter rausnimmt. Das wurde im 2024 vom Regierungsrat genehmigt und wir haben das in der Juni-Sitzung im Einwohnerrat behandelt. Thomas Meier hat dann gesagt, wenn man das einfach streicht und den § 25 so stehenlässt, dann seht ihr in Absatz 3, dass der Wohnanteil, den wir mit 30 % in der gemischten Wohn- und Arbeitszone festlegen, sich nur noch auf den Gestaltungsplanperimeter bezieht und nicht mehr ganz klar wäre, was jetzt für die Ortsbürger gilt. Man konnte damals das nicht so leicht ändern, weil es eine reguläre Teilrevision gebraucht hätte mit Planungsbericht usw., der liegt euch ja jetzt vor. Man hat jetzt die BNO entsprechend angepasst und hat den Absatz 2 gestrichen und den Absatz 3 zum Absatz 2 gemacht und etwas umformuliert, dass in dieser Zone der Wohnanteil bei maximal 30 % sein soll. Der Gestaltungsplan ist im Plan enthalten, der Perimeter ist markiert, da braucht es keine spezielle Anpassung. So ist der Antrag des Gemeinderats, den § 25 mit seinen Änderungen sei zu beschliessen. In der FGPK war das unbestritten.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, die Teilrevision der Bau- und Nutzungsordnung bezüglich der Anpassung von § 25 sei zu beschliessen.

Diskussion

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Abstimmung

Dem Antrag wird **einstimmig** mit **37 : 0 Stimmen zugestimmt**.

**Motion Thomas Meier, SP, zur Festsetzung der Mehrwertabgabe auf 30 %.
Bericht des Gemeinderats. Genehmigung Mehrwertabgabe.**

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Roman Häusler, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Es geht um die Genehmigung des Mehrwertabgabereglements aufgrund der Motion von Thomas Meier und mitunterzeichnet von Marius Fedeli, bei der es um die Festsetzung der Mehrwertabgabe auf 30 % geht, aktuell ist sie bei 20 %. Ich präsentiere euch schnell eine kleine zeitliche Einordnung: Die Mehrwertabgabe gibt es schon länger, genauer seit 1993. Aber für uns relevant ist der Zeitpunkt im Juni 2019, als wir in der BNO-Begleitgruppe die Mehrwertabgabe auf 30 % festgesetzt haben. Später war man sich nicht mehr sicher, ob man das möchte und bei der Genehmigung der BNO am 4. April 2023 wurde von unserer Seite her die Mehrwertabgabe auf 20 % festgelegt. Da ging es darum, dass man die BNO nicht gefährden wollte, darum haben wir 20 % einstimmig zugestimmt. Am gleichen Abend ging eine Motion ein für eine Mehrwertabgabe von 30 %, deren Dringlichkeit aber mit 22 : 14 Stimmen abgelehnt wurde. Daraufhin haben wir das Geschäft am 1. April 2025 vorgelegt bekommen und zurückgewiesen, weil niemand so genau begriffen hat, worum es eigentlich geht. Und heute, wo ich euch das Geschäft vorstelle, hat die FGPK mit 5 : 3 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Es geht im Wesentlichen um den § 2 des Reglements über die Mehrwertabgabe: "Der Mehrwertabgabesatz beträgt 30 %". Was ist die Mehrwertabgabe? Die Mehrwertabgabe kommt zur Anwendung, wenn ein Grundstückswert erhöht wird, einerseits durch eine Einzonung, also wenn es zum Beispiel vom Agrarland zu Bauland wird, oder wenn umgezont wird, zum Beispiel bei der Post. Andererseits aber auch bei einer Aufzonung, wenn man danach höher bauen könnte, dann kommt die Mehrwertabgabe zum Zug, weil dadurch ein Planungsvorteil entsteht. Eine andere Erklärung: Der Wert bleibt bei der Ein-, Um- oder Aufzonung gleich, das einzige, worüber wir jetzt sprechen ist der Mehrwert, der durch die Zonenänderung entsteht. Dieser Mehrwert beträgt im Moment 80 %, wovon 10 % als Mehrwertabgabe an den Kanton gehen und 10 % an die Gemeinde, also 20 % zusammen. Jetzt geht es noch um die 10 %, über die wir diskutieren, diese gehen jetzt zum Eigner bzw. Verkäufer des Grundstücks. Jetzt ist es so, wenn man ein Grundstück hat, das umgezont wird, wird die Abgabe nicht sofort fällig, sie wird erst fällig, wenn das Grundstück veräussert wird oder eine Baubewilligung auf diesem Grundstück erteilt wird. Die Mehrwertabgabe ist gebunden, was heisst, dass man sie für einen vorgegebenen Zweck einsetzen muss. Sie kann als Aufwertung des öffentlichen Raums genutzt werden oder für den öffentlichen Verkehr oder zur Schaffung von Begegnungsstätten. Das ist zum Beispiel auch dort, wo man verdichtet baut, muss man ja einen Gegenpol setzen. Die Abgabe kann auch zur Finanzierung von Planungskosten eingesetzt werden.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 5 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung, das Reglement sei zu genehmigen

Und einstimmig, mit 9 : 0 Stimmen, die Motion sei als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben.

Diskussion

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Abstimmungen

Dem Antrag 1 wird mit **20 : 14 Stimmen** (bei 3 Enthaltungen) **zugestimmt**.

Dem Antrag 2 wird mit **36 : 0 Stimmen** (bei 1 Enthaltung) **zugestimmt**.

Eingänge**Anfrage von Marius Fedeli und Andreas Tschan, SP und Grüne, betreffend Anpassung der Anschlussgebühren auf den aktuellen Index.**

Herr Marius Fedeli und Herr Andreas Tschan reichen folgende Anfrage ein:

Das aktuelle Reglement über die Finanzierung von Erschliessungsanlagen (Strassen, Wasser, Abwasser) wurde vom Einwohnerrat am 5. Dezember 2006 beschlossen und trat per 1. Januar 2007 in Kraft. Seither hat das Reglement sowie dessen Anhang keine Änderung erfahren. Gemäss § 4 Abs. 1 basieren die Anschlussgebühren auf dem Zürcher Wohnbaukostenindex, Stand vom 1. April 2006. Gemäss Reglement werden diese vom Gemeinderat jeweils auf den 1. Januar an den neuen Indexstand angepasst, sofern sich der Index seit der letzten Gebührenanpassung um mehr als 10 Punkte verändert.

Uns stellen sich dazu folgende Fragen:

- Wurde seither eine Anpassung am Index/an die Teuerung vorgenommen?
- Wenn ja, wie regelmässig wird dies überprüft?

Frau Gemeinderätin Denise Zeller Xenaki:

Zur Frage 1: Seit der Einführung des Reglements am 1. April 2006 wurden schon zwei Anpassungen vorgenommen, die erste per 1. Januar 2011 und die zweite per 1. Januar 2024. Für das Jahr 2025 hat man keine teuerungsbedingte Veränderung vornehmen müssen. Der Protokollauszug von dieser Anpassung wird jeweils der FGPK via Präsidium mitgeteilt.

Zur Frage 2: Die Überprüfung findet jährlich statt.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Marius Fedeli, SP und Grüne, betreffend Chaussierung von Quartierstrassen.**

Herr Marius Fedeli reicht folgende Anfrage ein:

In der Publikation des Kantons "Umwelt Aargau", Nr. 99 vom September 2025, werden die Vorzüge von sogenannten Chaussierungen von Quartierstrassen erläutert. Als Vorzüge sind namentlich Versickerung und Verkehrsberuhigung zu nennen. In diesem Zusammenhang stellen sich mir nachfolgende Fragen betreffend die Umsetzung in Buchs:

1. Wurden in der Vergangenheit bei Sanierungen von Quartierstrassen auch die Variante Chaussierung geprüft?
2. Wurden konkrete diesbezügliche Projektvarianten beim Projektverfasser in Auftrag gegeben?
3. Ist sich die Gemeinde/Bauverwaltung der Vorzüge von Chaussierungen, namentlich als Schwammstadtelement und zum Vermeiden von Hitzeinseln, bewusst?
4. Ist die Gemeinde bereit, bei künftigen Quartiersanierungs-Projekten die Chaussierung konkret zu prüfen?

Herr Gemeinderat Christian Moricchi:

Zur Frage 1: Nein, das wurde bislang nicht so gemacht.

Zur Frage 2: Das geht eigentlich in die gleiche Richtung, nein, das wurde so auch nicht gemacht. Es ist grundsätzlich so, dass Chaussierungen in der Umsetzung und vor allem im Unterhalt deutlich teurer sind. Das heisst, wenn man keine geschlossene Asphaltdecke hat, ist es klar, dass man diese auch unterhalten muss. Das Bauamt hat damit deutlich mehr Arbeit. Deshalb ist es im Unterhalt und auch im Erstellen deutlich teurer.

Zu den Frage 3 und 4: Ja, dessen sind wir uns natürlich bewusst und es ist auch nicht so, dass wir nichts machen würden. Wir versuchen die Thematik Schwammstadt durchaus auch in unseren Überlegungen mit einzubeziehen. Wir machen das aber nicht mit so grossen effekthascherischen Aktionen, sondern versuchen das wenn möglich bei Sanierungen und im kleineren Budgetrahmen mit Massnahmen umzusetzen. Als Beispiel bei der Burestube, die Strassenführung Oberdorfstrasse, Bühlstrasse, dort sieht man neben dem Oberdorfplatz auch Ruderalflächen. Die wurden nicht nur für schön errichtet, dort geht es genau auch um diese Thematik. Genau bei solchen Sachen versuchen wir eben, es einzubeziehen, wenn es Strassensanierungen gibt und man sowieso Hand anlegen muss. Dasselbe ist auch in der Brummelstrasse geplant. Man macht also nicht nichts, man versucht es nur nach unseren finanziellen Mitteln umzusetzen. Ich glaube, dass wir darüber nicht weiter diskutieren müssen. Dann kommt aber auch noch ein anderer Punkt hinzu, im Beispiel beim Obstgartenweg Richtung Torfeld, wo es nicht geteert ist, also eine reine Chaussierung, dort hören wir auch Begehren aus der Bevölkerung nach einer Asphaltierung. Man kann es also nicht einfach immer machen, es gibt da immer auch viele Einwendungen dagegen. Es ist also sehr komplex, solche Sachen umsetzen zu können. Um zu zeigen, dass wir bereits darauf sensibilisiert sind, wir werden am 3. November einen Workshop unter der Führung des Naturamas durchführen, der

wurde durch die Umwelt- und Heimatschutzkommission lanciert. Ein Workshop, wo genau diese Hitzethematiken angeschaut werden, welche Hotspots haben wir in Buchs, was kann man machen. Auch da immer wieder unter der Prämisse von unseren lädierten Budgetmöglichkeiten. Am Workshop wird natürlich die Umwelt- und Heimatschutzkommission selber teilnehmen und die Personen der Bauverwaltung, aber auch Interessierte aus dem Einwohnerrat. Wir versuchen das Ganze auch breit abzustützen und schauen dann, wo wir überhaupt Handlungsbedarf haben und was wir mit unseren Mitteln machen können. Wir setzen das wahrscheinlich nicht so um, wie du dir das wünschst, Marius. Ich nehme an, dass du dich auf den Anlass in Windisch beziehst, wo sie beim Klosterzelg hinter dem Tech die Chaussierung als Musterbeispiel gezeigt haben. Diese Finanzen haben wir leider nicht.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Sandra Meier-Jaisli, SVP, betreffend Verschiebung des Lotsendienstes.**

Frau Sandra Meier-Jaisli reicht folgende Anfrage ein:

Ich habe an der letzten Einwohnerratssitzung auf den Lotsendienst an der Gysistrasse aufmerksam gemacht. Ich wollte nachfragen, ob man da schon Massnahmen umgesetzt hat? Findet der Lotsendienst noch an der Gysistrasse statt oder hat man den bereits an eine andere Strasse verschoben? Wenn ja, wohin?

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Der Lotsendienst ist immer noch an der Gysistrasse, er wurde nicht verschoben. Wir kämpfen im Moment immer noch um Leute, die den Lotsendienst übernehmen können. Daher war die Verschiebung im Moment kein Thema.

Frau Sandra Meier-Jaisli: Du sagst, dass ihr Leute sucht. Offenbar hat es ja jemanden, der das dort macht, dann könnte diese Person doch einfach irgendwo anders stehen, das verstehe ich jetzt nicht?

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Es gibt immer wieder Leute, die unter dem Jahr den Lotsendienst ablegen. Damit wir überhaupt die Kapazität haben, es braucht zum Teil sogar mehrere Personen pro Position als Ersatz für wenn jemand krank ist, schauen wir, dass wir es so aufrechterhalten, wie es ist. Es ist nicht so, dass man die Leute einfach so schieben kann. Man möchte diesen Dienst so durchführen, wie sie geplant sind. Etwas mehr machen oder schieben ist im Moment nicht möglich.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Traktandum 6

Verschiedenes

Herr Elias Fricker: Zum Protokoll des Einwohnerrats: Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass ich das gestern bekommen habe. Ich muss aber sagen, wenn ich sehe, dass die letzte Einwohnerratssitzung bereits im Juni stattgefunden hat, hat es doch rund vier Monate gedauert, bis wir es bekommen haben. Ist das so planmässig oder gedenkt man es uns in Zukunft etwas schneller zuzustellen? Weil ich glaube, dass ich nicht der Einzige im Rat bin, der auch sonst noch viel zu tun hat und am Abend vor der Einwohnerratssitzung das Protokoll noch durchzulesen, ist mir doch ein bisschen zu knapp.

Frau Gemeindegeschreiberin Cornelia Crouch: Wir mussten dieses Mal aufgrund von Krankheitsabwesenheiten andere Prioritäten setzen. Wir werden aber schauen, dass wir das in Zukunft schneller erledigen, wenn die Leute wieder im Arbeitsprozess sind. Es mussten zuerst die Tagesgeschäfte erledigt werden und das Protokoll musste hintenanstehen. Aber uns ist bewusst, dass es sehr lange gedauert hat und wir geloben Besserung.

Herr Präsident Marc Jaisli: Das ist auch Reto und mir bereits aufgefallen und auch schon unserer Vorgängerin, Christine Knüsel-Bachofer, wir haben das auch schon thematisiert. Mir ist aber einigermaßen plausibel, warum es manchmal länger dauert und es wird wahrscheinlich weiter thematisiert werden. An unseren Vorbereitungssitzungen ist das immer mal wieder Thema.

Herr Elias Fricker: Das ist für mich verständlich, ich entnehme dem aber auch, dass es euch bewusst ist, dass es uns wichtig ist. Meine zweite Frage hat direkt mit dem Protokoll zu tun: Ich habe in der letzten Sitzung im Namen der Mitte-Fraktion zur Bürgermotion von Ueli Kohler zum Thema Einwohnerrat oder Gemeindeversammlung gesagt, dass wir gegen die Bürgermotion sind, weil ja eben die Bevölkerungsumfrage vor der Türe stand, bei der das ein wichtiges Thema sein sollte. Ich bin nun einer der Auserwählten, der zur Bevölkerungsumfrage eingeladen worden ist, ich habe diese mit Freude aufgemacht. Ich muss dem Gemeinderat und allen Beteiligten ein Kompliment dafür machen, ich habe sie grundsätzlich für gut empfunden. Sie ist einfach auszufüllen, zum Thema Einwohnerrat oder Gemeindeversammlung habe ich aber gar nichts gefunden. Nun meine Frage: Habe ich es überlesen, hat man es vergessen oder bewusst weggelassen? Wenn bewusst weggelassen, was sind die Gründe dafür?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Das ist eine berechtigte Frage. Wir hatten zwei Entscheidungen im Einwohnerrat, wo das abgelehnt worden ist, dann hat man die Bürgermotion von Ueli Kohler abgelehnt. In diesem Zusammenhang, das kann man im Protokoll auch nachlesen, habe ich gesagt, dass wenn die Beteiligungen nach den Wahlen so schlecht sind, dass die Parteien selber oder die Mitglieder des Einwohnerrats zum Schluss kommen, dass man das Thema wieder aufgreifen will, ist das jederzeit möglich. Dann ist es auch so, dass jede zusätzliche Frage auch Mehrkosten generiert. Ich kann dazu sagen, dass es ein einstimmiger, bewusster Entscheid des Gemeinderats war, diese Frage nicht mit aufzunehmen.

Herr Elias Fricker: Fürs Verständnis, welche Kosten hätte die zusätzliche Frage verursacht?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Das waren zwei der Gründe. Die Kosten waren aber nicht alleine entscheidend dafür, dass man es nicht gemacht hat.

Herr Elias Fricker: In Ordnung, aber aus Sicht der Mitte sehr schade. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Frau Sandra Meier-Jaisli: Ich gehöre leider nicht zu den Glücklichen, die mitmachen dürfen. Aber ich habe schon gehört, dass die Frage in der Umfrage nicht vorkommt. Ich glaube, wir hatten damals fast den ganzen Abend über das Thema diskutiert. Aus allen Ecken kam die Bitte, die Frage in die Umfrage mit aufzunehmen. Ich weiss nicht, ob ich an diesem Abend nicht so gut gehört habe, aber ich bin jetzt leicht schockiert. Wir geben viel Geld für eine Bevölkerungsumfrage aus und haben eigentlich genau die Frage, die wir auch haben stellen wollen, nicht mit enthalten, da nicken mir jetzt einige zu. Ich bin sprachlos, ich kann es anders nicht sagen.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Der Gemeinderat nimmt das zur Kenntnis.

Frau Sandra Meier-Jaisli: Ich habe noch etwas, das wohl allen auf dem Herzen liegt, aber niemand etwas dazu sagt. Ich sage es halt jetzt doch: Am 1. Oktober war ein Leserbrief in der AZ mit dem Titel "Gemeinderatsbashing des EVP-Kandidaten". Mit grossem Erstaunen und sprachlos auch dort habe ich den Leserbrief zur Kenntnis genommen. Ich glaube, ich bin nicht die Einzige, die sich für die neue Konstellation des Gemeinderats sehr wünscht, dass solche unkollegialen Äusserungen nicht öffentlich in Leserbriefen geäussert, sondern im Rat besprochen wird, danke.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Der Gemeinderat nimmt auch das zur Kenntnis.

Informationen von Herrn Gemeindepräsident Urs Affolter: Das Ziel des Gemeinderats war, die Überarbeitung des Personalreglements bis Ende Jahr und Ende der Legislatur abzuschliessen. Am 9. September wurde ein Soundingboard mit dem Personal durchgeführt. Gleichzeitig lief auch die Vernehmlassung bei den Parteien. Es gab namentlich beim Personal Missverständnisse und Unsicherheiten und seitens der Parteien gingen einige Inputs und Fragen ein, die man sorgfältig bearbeiten und beantworten muss. Ich habe immer wieder betont, dass diese Vernehmlassung keine Alibiübung ist und wir diese ernstnehmen wollen. Daraus ergibt sich, dass wir nur mit einer sorgfältigen Bearbeitung die Fragen und Inputs klären und die Unsicherheiten beseitigen können. Nachdem wir ein zeitlich ehrgeiziges Terminprogramm hatten, zeigte sich, dass wir das nicht werden stemmen können. Damit wir die finale Version hätten vorlegen können, hätten wir alle Beteiligten übergehen müssen, was wir nicht wollten. Wir werden das Reglement also noch einmal überarbeiten. Im Moment ist das Geschäft sistiert, was die Wahl meines Nachfolgers Ende November zum Grund hat, der gleichzeitig auch der neue Personalchef ist. Der neue Personalchef muss bei der Bearbeitung dieser Fragen eng mitarbeiten und das Geschäft dann ja auch an Veranstaltungen und gegenüber dem Personal und den Parteien sowie im Wohnerrat vertreten. Deshalb wird das Geschäft in der Dezember-Sitzung noch nicht vorliegen, sondern voraussichtlich erst im nächsten Sommer.

Informationen von Herrn Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Ich möchte euch noch auf das Projekt Gesundheit Region Aarau aufmerksam machen, ihr hattet alle einen Flyer auf dem Tisch. Wir haben GERA-Pforte, eine Information für die Bevölkerung, gestartet, bei der wir zuerst versucht haben, mit Telefonpräsenz Fragen zu beantworten. Das wurde in einer ersten Phase des Projekts sehr selten genutzt. Deshalb hat man jetzt umgeschaltet auf eine Internetpräsenz mit Chatbot, das ist eine KI, die dazulernt. Ich möchte euch bitten, dort einmal reinzuschauen und vielleicht mit Fragen zu Gesundheit und Alter den Chatbot zu testen. Der ist im Moment noch in einer Probephase, wird aber möglichst bald scharfgeschaltet. Man kann ihn aber jetzt schon nutzen und ihr könnt euch dort auch auf der Website mit Informationen eindecken. Das ist ein Teil des Projekts, an dem wir zurzeit arbeiten. Das andere ist ein Netzwerk, das wir zusammen mit Apotheken, Ärzten, Pflegeheimen und Spitälern aufbauen, in dem wir im Moment versuchen, aktuelle Fragen zu klären. Wir erwarten diesbezüglich, dass man in diesem

Gremium auch Themen anspricht, die man der entsprechenden Zuständigkeit des Kantons oder der Gemeinde oder sogar des Bundes zuordnen kann. Der Austausch zeigt, dass immer mehr Interesse haben, mitzumachen. Das Ziel ist immer, dass die Vernetzung am Schluss proaktiv etwas dazu beitragen soll, die Kosten im Gesundheitswesen grundsätzlich zu senken.

Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 9. Dezember 2025, um 19.00 Uhr statt. Zum Legislativende wird im Anschluss an die Sitzung ein Apéro offeriert.

Gratulation zur Geburt

Andreas und Fabienne Dober wird zur Geburt ihrer Tochter Stella am 17. Juni 2025 gratuliert.

Dank

Der Präsident dankt allen, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 21. Oktober 2025

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Marc Jaisli

Andrea von Känel Briner